

Bezugspreis:
Hietelshet. 30. - M. monat. 10. - M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: Monatlich 10. - M. einseht. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänig, das Saar- und
Westpreußen, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20. - M. für
das übrige Ausland 27. - M. Be-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Zeit“, der Un-
terhaltungsbeilage „Himmel“ und der
Beilage „Siedlung und Rindgatter“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
ntags und Rindgatter einmal.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 19. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Invertien-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Gewerkschaften und Brotpreiserhöhung

Die „Dena“ veröffentlicht gestern Abend eine Nachricht, wonach die freien Gewerkschaften wegen der bevorstehenden Brotpreiserhöhung eine Eingabe an die Reichsregierung gemacht hätten. Auch sollen die Gewerkschaften für den Fall, daß das Kabinett der Brotpreiserhöhung seine Zustimmung erteilen sollte, die Forderung nach dem Rücktritt der sozialistischen Kabinettsmitglieder erhoben haben.

Wie wir zu dieser Mitteilung von unrichtiger Seite erfahren, ist die Darstellung in dieser Form falsch. Unzutreffend ist es vor allem, daß gegebenenfalls der Rücktritt der sozialistischen Reichsminister gefordert werden sollte; man hat sich nicht im mindesten in Gewerkschaftskreisen mit dieser Frage beschäftigt. Zutreffend ist — wie es auch ohne die Nachricht der „Dena“ als völlig selbstverständlich gelten muß —, daß die kommende Brotpreiserhöhung wiederholt den Gegenstand von Besprechungen innerhalb des ADGB bildete. Die Frage wurde gemeinsam mit der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ erwogen, und es wurde darauf hingewiesen, daß im Fall einer Verteuerung des Brotes eine Erhöhung der gegenwärtig tariflich festgelegten Löhne erfolgen müsse. Lediglich über diesen Punkt wurde auch das Reichskabinett in Kenntnis gesetzt.

Berlin, 18. Juli. (WZ.) Die durch die Presse gehenden Nachrichten von der Brotpreiserhöhung haben vielfach lebhafteste Beunruhigungen ausgelöst. Es erscheint daher eine Aufklärung über Gründe und Ziel der Erhöhung erwünscht. In dem am 15. August 1921 zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr ist eine sehr erhebliche Brotverbilligung gegenüber den vor allem durch das teure Auslandsgetreide tatsächlich erwachsenen Einstandskosten erfolgt. Das Reich hat für diese Zwecke über 10 Milliarden Mark im laufenden Wirtschaftsjahre aufgewendet, die es sich nur durch stärkere Inanspruchnahme der Rentenpresse beschaffen konnte und die letzten Endes durch Steuern wieder abgedeckt werden müssen. Bei der ungünstigen Finanzlage ist das Reich auf die Dauer außerstande, eine Verbilligung in diesem Umfange fortzusetzen. Auch in anderen Ländern, in Italien, England und Frankreich bestand während der Kriegszeit und auch in den folgenden Jahren ein politischer Brotpreis, d. h.

es hat eine Verbilligung des Brotes unter Zuhilfenahme von Staatsmitteln stattgefunden. In Erkenntnis der Unmöglichkeit, eine solche Wirtschaftspolitik weiterzuführen, sind diese Länder, trotz weit günstigerer Finanzlage, bereits dazu übergegangen, zum Teil unter Einführung der freien Wirtschaft für Getreide und Brot die Verbilligung des Brotes durch öffentliche Mittel einzustellen.

Auch Deutschland muß notgedrungen, da es die weit größte Belastung zu tragen hat, zu einem Abbau der Getreide- und Brotverbilligung übergehen. Die Reichsregierung hatte deshalb im Einvernehmen mit dem Reichstag, der anlässlich der Einberufungen mit der Frage befaßt war, eine Erhöhung der Brotpreise um etwa 50 Proz. des jetzigen Brotpreises ab 16. August 1921 in Aussicht genommen. Gegenüber diesem Plane hat später der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages auf Antrag des Reichstagsabgeordneten Wiedler eine Resolution gefaßt, die Reichsregierung zu ersuchen, den Brotpreis im neuen Wirtschaftsjahr nicht über 40 Proz. zu erhöhen. Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkung dieser Resolution hat das Reichskabinett sich entschlossen, den Brotpreis nicht um 50, sondern um 40 Proz. zu erhöhen. Bei einer solchen Steigerung des Brotpreises wird das 1900-Gramm-Brot in den Deien, in denen es bisher 5 M. gekostet hat,

zunehmend einen Preis von etwa 7 M. erreichen. Auch das bedeutet noch, daß allein für die ersten 7 1/2 Monate des kommenden Wirtschaftsjahres, das ist für die Zeit vom 15. August d. J. bis zum Ende des Reichshaushaltsjahres, dem 31. März, Verbilligungszuschüsse des Reiches in Höhe von über 3 1/2 bis 4 Milliarden Mark — je nach dem Weltmarktpreis und dem Stande der deutschen Währung — zu leisten sein werden, also eine Belastung des Reiches, die neben seinen sonstigen gewaltigen Verpflichtungen außerordentlich drückend ist. Zu der in der Presse geduldeten Befürchtung, daß das rationierte Brot der Bevölkerung in schlechter Beschaffenheit verabreicht werden wird, liegt kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahr die Brotstreckung fortfällt und das Brot nur aus reinem Brotgetreidemehl erhoben werden muß. Bei einwandfreier Verarbeitung solcher Mehls, die durch Kommunalverbände und Polizeibehörden überwacht werden wird, darf erwartet werden, daß die Bevölkerung auch das rationierte Brot in schmackhafter Zubereitung erhält.

Vorbereitung zum vierten Aufstand.

In der vorläufigen Antwort, die der Außenminister Dr. Rosen auf die Eröffnungen der französischen Regierung über die Lage in Oberschlesien und die daraus abgeleiteten französischen Forderungen gab, wurde auch Bezug genommen auf eine Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli; zu dieser hatte Dr. Rosen einen Grohndu- striellen aus dem östlichen Teil Oberschlesiens beigezogen, der dem französischen Botschafter als Augenzeuge einige sachliche Angaben über die wahre Lage im Lande machte. Wir geben aus diesen Mitteilungen, die der französischen Regierung sofort zugänglich gemacht wurden, die wesentlichsten Punkte nach WZ. wieder. In dem Bericht heißt es:

1. Neugierlich sieht es besser aus als vor dem Abkommen mit Korsant wegen der Räumung, weil die großen Straßen von polnischen Insurgenten frei seien und man ungehindert auf ihnen verkehren könne. So bin ich vorgestern früh im Automobil von Katowitz über Nikolai nach Gleiwitz gefahren, um dort den Schnellzug nach Berlin zu erreichen. Die Eisenbahn zwischen Katowitz und Gleiwitz war nicht benutzbar, weil die Jäger von polnischen Insurgenten angehalten und geplündert wurden. Die polnischen Insurgenten sind nach wie vor teils in der Nähe der gedachten Orte, z. B. dicht bei Katowitz, teils auch in den Orten verblieben oder in die Orte zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollten. So sind die polnischen Insurgenten, welche aus den nördlichen Stadtteilen von Königsbrunn abgezogen waren, nach wenigen Stunden in diesen Stadtteil wieder zurückgekehrt. Noch am Montag haben sie sich in Courahütte durch Verschleppung von Beamten unlesbar bemerkbar gemacht. Die Behörden der polnischen Insurgenten sind nach wie vor in Funktion geblieben. Sie erheben Steuern, sie heben junge Leute zum Militär aus und sie verweigern den oedenslichen deutschen Behörden, z. B. dem Landrat, den Gehorsam.

2. Ein Teil der polnischen Insurgenten ist nach Polen abtransportiert worden, um dort militärisch ausgebildet zu werden und nach ihrer Heimat Oberschlesien abdem zurückzukehren. Sie sollen als Stammformationen für den geplanten vierten Aufstand dienen. Ein anderer Teil der oberschlesischen polnischen Insurgenten ist in Oberschlesien geblieben und hat seine Waffen nicht abgeliefert, sondern in Sammelstellen abgegeben, von wo aus sie vertriebt werden.

In Oberschlesien zweifelt niemand daran, daß der vierte Aufstand mit aller Energie und unter Mitwirkung Polens und unter Duldung der französischen Behörden vorbereitet wird und jederzeit ausbrechen könnte. In diesem Falle ist die deutsche Bevölkerung der Schreckensherrschaft der polnischen Insurgenten schuldig preisgegeben, da ja bis dahin der deutsche Selbstschuß nicht mehr bestehen wird.

Dem Verdienste seinen Lohn.

Posen, 18. Juli. (WZ.) Auf dem unlängst in Czestochau abgehaltene allpolnischen Tage wurde mitgeteilt, daß bei der Warschauer Regierung Schritte unternommen werden, auf die oberschlesischen Insurgenten das Militärstrafgesetzbuch anzuwenden, das ihnen eine Existenz sichern werde.

Bekanntlich hat Polen mit dem Krieg gegen die Interalliierten nichts zu tun gehabt.

Posen, 18. Juli. (WZ.) Im „Kurjer Pozyanski“ erzählt der Verband ehemaliger Kuffändler aus Oberschlesien einen Auser, in dem es u. a. heißt: „Die Zeit zum Ausruhen ist für uns noch nicht gekommen. Wir müssen warten, um bereit zu sein, jeden Augenblick unser Leben für die Ideale einzusetzen, für welche wir gekämpft haben. Wir sind dabei, in allen Ortschaften Gruppen von ehemaligen Kuffändlern zu bilden, die von einer starken Organisation umfaßt werden. Jeder Kuffändler, der bis jetzt seiner patriotischen Pflicht genügt hat, ist verpflichtet, der Gruppe beizutreten.“

Verfolgung deutscher Zeitungen in Polen.

Wie der polnische „Postemp“ meldet, hat die Staatsanwaltschaft gegen neun deutsche Zeitungen wegen staatsfeindlicher Artikel Strafverfahren eingeleitet.

Polnische Rüstungen.

Warschau, 18. Juli. (WZ.) Das polnische Amtsblatt verordnet für die polnischen Grenzbezirke im Osten die Aushebung der Jahrgänge 1885-1894.

Elbing, 18. Juli. (WZ.) Die „Elbinger Zeitung“ meldet, daß eine französisch-polnische Artillerie- und Ingenieurkommission die ehemaligen deutschen Festungen an der Warthe- und Weichselmündung bereits und ihre Modernisierung überprüft. Zunächst sollen Posen und Thorn, später auch Culm und Graudenz mit neuen, den Kriegserfahrungen entsprechenden Anlagen und Armierungen versehen werden. Erwähnt wird die Anlage von Sperrforts längs der ganzen deutsch-polnischen Grenze.

Potemkins Rückkehr.

Oppeln, 18. Juli. (WZ.) Die auffallend schnelle Rückkehr des Potemkin, der sich bekanntlich mit großem Gefolge zu einer Inspektionsreise in das früher von den polnischen Insurgenten besetzte Gebiet begeben hatte, ist auf Unstimmigkeiten mit den Engländern in Beuthen zurückzuführen. Der dortige englische Konsulmandant verbot die von den Polen zu Ehren des Potemkin geplanten Kundgebungen und erklärte, daß er diese eventuell mit Waffengewalt verhindern würde. Der Potemkin ist darauf von Gleiwitz aus sofort wieder nach Oppeln zurückgekehrt.

Warschauer Blätter melden aus Berlin, der dortige polnische Geschäftsträger werde in Begleitung des Referenten für polnische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt sich nach Ostpreußen begeben, um die Lage der dortigen Polen zu untersuchen.

Die Dilettanten am Werke.

Am „Figaro“ vom 15. Juli veröffentlicht der bekannte Auslandspolitiker Mermeig das Protokoll der Sitzung des Obersten Rates vom 2. Juni 1919, in der über die Frage entschieden werden sollte, ob es bei der ursprünglich beschlossenen Zuteilung Oberschlesiens an Polen bleiben oder ob eine Volksabstimmung vorgenommen werden sollte. Die Diskussion entstand auf Grund des entschiedenen Protestes der deutschen Friedensdelegation, die in ihren Gegenvorschlägen zu dem überreichten Entwurf die Unmöglichkeit der Annahme einer solchen Entscheidung durch Deutschland so klar hatte durchblicken lassen, daß wie aus dem folgenden Bericht hervorgeht, besonders Lloyd George mit der ihm offenbar recht unangenehmen Aussicht einer endgültigen Ablehnung Deutschlands rechnete, falls es bei der Zuteilung Oberschlesiens an Polen bleiben würde. Hier das Sitzungsprotokoll:

Clemenceau: Was Polen anbetrifft, so gibt es zuerst ein historisches Verbrechen, das wiedergutmacht werden müsse, aber man müsse auch einen Wall zwischen Deutschland und Rußland bilden. Sie können die Interviews mit Erzberger lesen, in denen er verlangt, daß Polen so schwach wie möglich bleibe, weil es Deutschland von Rußland trenne; er fügt hinzu, daß, wenn einmal Deutschland seine Beziehungen zu Rußland aufgenommen habe, es Frankreich unter viel besseren Bedingungen werde angreifen können als 1914. Ist das das, was Sie wollen? Wenn Deutschland Rußland beherrscht, so bedeutet das, daß unsere Toten umsonst gefallen sind. Das ist für den Augenblick alles, was ich dazu sagen will.

Bilson: Ein Plebiszit in Oberschlesien erscheint mir sehr wichtig; es wird unerlässlich sein, zuerst die deutschen Beamten auszuweisen.

Lloyd George: Meinen Sie die kleinen Beamten?

Bilson: Nein, ich denke an die Verwaltungsbeamten.

Clemenceau: Vergessen Sie jedoch nicht, daß es in Deutschland die Zentralbehörde ist, die die Bürgermeister ernennet.

Lloyd George: Ich bin damit einverstanden, daß die hauptsächlichsten deutschen Behörden das Land vor der Abstimmung verlassen müßten.

Bilson: Ja, aber das ist nicht alles: 15 oder 20 deutsche Großkapitalisten beherrschen Oberschlesien.

Clemenceau: Das ist die nackte Wahrheit. Ramentlich Henkel v. Donnersmard.

Bilson: Eine freie und offene Volksabstimmung ist, nach Ansicht meiner Sachverständigen, u. n. m. g. l. i. c. h. in einem Lande zu erwarten, das seit so lange unter einer Herrschaft steht und das stets in der Sorge von Vergeltungsmahnen leben wird, wenn die Deutschen nicht verschwinden.

Lloyd George: Und doch sind im Jahre 1907 trotz dieser Angst die Polen bei den Wahlen siegreich geblieben. Meine Sachverständigen sehen eine für Polen günstige Volksabstimmung voraus. Sie denken, daß ein solches Plebiszit den Deutschen künftige Einwendungen unmöglich machen wird.

Bilson: Es gibt in Deutschland keine Volksbewegung zugunsten Oberschlesiens (?), es ist eine rein kapitalistische Angelegenheit (!).

Lloyd George: Und doch ist die deutsche Reichsregierung in der Mehrheit sozialdemokratisch, und sie ist es, die Protest erhebt.

Bilson: Ja, aber zugunsten der Kapitalisten (!). Ich wiederhole, eine freie Abstimmung ist u. n. m. g. l. i. c. h.

Lloyd George: Nun, dann werden wir das Gebiet während der Abstimmung besetzen.

Bilson: Dann wird man sagen, daß wir einen militärischen Druck ausgeübt haben.

Clemenceau: So oder so, die Deutschen werden immer protestieren.

Lloyd George: Nichtsdestoweniger wird die Abstimmung stattfinden. Uebrigens wie werden die Deutschen die Industriebesiedlung einschüchtern können, die Widerstandskraft besitzt? Wir haben das in Wales kennen gelernt und wir haben über die großen Befürchtungen gesiegt.

Bilson: Sie vergleichen hier zwei Sachen, die nicht vergleichbar sind.

Lloyd George: Aber ich sage Ihnen noch einmal, daß die Wahlen für die Polen in dem gesamten Gebiet, das uns jetzt betrifft, günstig ausgefallen sind.

Bilson: Es handelte sich um innerpolitische Wahlen und nicht um ein Plebiszit bezüglich der Nationalität.

Clemenceau: Wir haben nicht versprochen, daß es ein Plebiszit in dieser Gegend geben würde.

Bilson: Kurz und gut, was bieten Sie uns an?

Lloyd George: Dasselbe Vorgehen wie für Ostpreußen.

Bilson: Und wenn die Deutschen sich weigern, der Entscheidung des Völkerbundes Folge zu leisten?

Clemenceau: Sie werden von ihnen Versprechungen

verlangen; sie werden versprechen, und werden nichts halten. Ist das das, was Sie wollen?

Lloyd George: Ich schließe die Möglichkeit einer militärischen Befehung der Abstimmungszone nicht aus.

Wilson: Ich wiederhole, daß Deutschland erklären wird, daß man einen Druck ausübt.

Lloyd George: Eine Division wird genügen.

Wilson: Das wird genügen, um uns zu beschuldigen, einen Druck auszuüben.

Lloyd George: Ich will den Frieden. Ich weiß aus guter Quelle, daß die schlesische Frage für die Deutschen die wichtigste ist. Ich will lieber eine Division nach Schlesien schicken, als ganze Armeen auf Berlin marschieren lassen.

Clemenceau: Wer sagt Ihnen, daß Sie die Wahl haben werden?

Lloyd George: Und was die Freiheit der Abstimmung anbelangt, so geht das uns an. Wenn Deutschland sich der Anwendung eines für Polen günstig ausgefallenen Plebiszits widersetzt, dann wird die britische Armee mit Begeisterung auf Berlin marschieren. Das ist es, was ich will. Ich habe nötig, das englische Volk auf meiner Seite zu sehen, falls es neue Schwierigkeiten geben sollte.

Wilson: Ihre Absichten sind ausgezeichnet. Aber wenn wir Truppen entsenden, wird man uns des Druckes beschuldigen.

Clemenceau: Ich habe Ihnen allen beiden mit Aufmerksamkeit zugehört. Meine Einwendung ist die folgende: Sie wollen Schwierigkeiten vermeiden und werden schlimmere hervorrufen. Ein Plebiszit? Ausgezeichnet! Aber nicht in Deutschland, wo die Freiheit niemals existiert hat. Die Abstimmung beschließen und auseinandergehen, ohne sich um etwas zu kümmern, wäre sehr schön, aber ein Verbrechen gegen die Polen. Bleibt die Befehung der Abstimmungszone durch uns, dann wird Deutschland sagen, daß ein Druck ausgeübt worden ist. Wissen Sie, was geschehen wird? In sechs Monaten, in einem Jahr werden Sie mitten im Frieden alle Unannehmlichkeiten des Krieges haben, und dann wird zu dieser Zeit die Lage wahrscheinlich noch schwieriger sein, als sie es jetzt ist. Sie sagen, Mr. Lloyd George, daß Sie nicht wünschen, nach Berlin zu gehen. Ich auch nicht. Wenn wir Millionen von Soldaten haben töten lassen, so geschah dies, um unsere Existenz zu retten. Sie sagen, daß Sie die Ansichten Oberschlesiens kennen möchten. Ich antworte Ihnen, daß unter der deutschen Verwaltung Oberschlesien sich nicht frei wird ausdrücken können und daß unter einem Regime interalliiert militärischer Befehung die Deutschen behaupten werden, daß die Abstimmung gefälscht wurde. Sie wollen die Leidenschaften der Rassen mildern und Sie werden sie nur aufpeitschen. Es gibt Fälle, in denen das das einfachste und vernünftigste ist, ganz einfach: Nein! zu sagen. Wir haben die Ueberzeugung, einen gerechten Frieden gemacht zu haben. (?) Bleiben wir dabei. Plebiszit und Befehung, das bedeutet für morgen Streitigkeiten, vielleicht Schlächten — mit einem Wort, genau das Gegenteil dessen, was wir wünschen.

Lloyd George: Aber wenn Sie einen deutschen Widerstand befürchten, wird sich dieser noch viel eher ereignen, wenn es keine Volksabstimmung gibt, und es muß angegeben werden, daß vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, Deutschland uns gegenüber sich in einer besseren Situation befinden wird.

Wilson: Wir haben in unseren Friedensgrundsätzen erklärt, daß Polen alle unzweifelhaft polnischen Provinzen zufallen werden.

Lloyd George: Aber das ist es gerade: die Deutschen sagen, daß das bei Oberschlesien nicht der Fall ist.

Clemenceau: Wieso denn? Sie wissen doch, daß die deutschen Statistiken selbst zeigen, daß Oberschlesien in großer Mehrheit polnisch ist.

Wilson: Wir müssen zu einem Schluß kommen; man könnte eine Volksabstimmung unter der Kontrolle einer interalliierten Kommission zu-

billigen; wir würden erklären, daß die Volksabstimmung null und nichtig ist, wenn die Kommission uns berichten würde, daß ein Druck ausgeübt worden sei.

Lloyd George: Ich will einen Konflikt vermeiden. Die Deutschen in Oberschlesien betrachten die Polen als eine minderwertige Bevölkerung, die sie verachten. Die Deutschen unter polnische Souveränität stellen, heißt Unruhen hervorrufen.

Clemenceau: Seien Sie ohne Zweifel: Unruhen werden Sie immer haben, jetzt oder später, mit oder ohne Volksabstimmung.

Lloyd George: Ich bin ganz gegenteiliger Ansicht.

Clemenceau: Die Zukunft wird darüber entscheiden, aber ich bitte Sie, nicht zu vergessen, was ich heute gesagt habe.

Der Zweck dieser Veröffentlichung des ultranationalistischen „Figaro“ ist offenbar der, Georges Clemenceau als den großen Staatsmann hinzustellen, der alles vorausgesehen habe, was inzwischen eingetroffen sei. Lloyd George dagegen soll durch seinen Eigensinn an allem schuld sein.

Das Bild, wie es sich aus diesen protokollarischen Aufzeichnungen in unseren Augen widerspiegelt, ist allerdings ein ganz anderes: wir erblicken darin eine Befestigung des bereits langsam bekannt gewordenen Dilettantismus, mit dem das Schicksal von Millionen damals entschieden wurde. Wir sehen einen Clemenceau, der sich mit albernem Witzchen über alle ernstesten Einwendungen hinwegzusetzen versucht, während Wilson mit kindischem Eigensinn vier- und fünfmal dieselben Argumente wiederholt — Argumente, die gerade im Munde des „Vorkämpfers“ des Selbstbestimmungsrechts der Völker geradezu grotesk anmuten —, bis er schließlich nachgibt. Daß er in diesem besonderen Falle nach der guten und vernünftigen Seite nachgegeben hat, schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß er in unzähligen anderen Diskussionen nach der umgekehrten Richtung vor Clemenceau zurückgewichen ist. Indessen zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, von welchen Zufällen, Launen und Eingebungen das Schicksal von Millionen damals abhing. Vielleicht verdanken die Oberschlesier die Bewahrung des Plebiszits lediglich dem knurrenden Magen Wilsons, der nach dieser ausgedehnten Debatte endlich „zu einem Schluß kommen“ wollte. Relativ am vernünftigsten und sympathischsten erscheint uns noch Lloyd George, wahrscheinlich aber nur, weil er in dieser Frage besser informiert war und weil England an einer Verstümmelung Deutschlands im Osten kein besonderes Interesse hatte. Aber auch die Informationen des englischen Ministerpräsidenten waren keineswegs einwandfrei: er weiß wiederholt auf das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1907 hin und weiß nicht, daß sich aus den Reichstagswahlen von 1912 wiederum die umgekehrten Schlussfolgerungen ziehen lassen. (Wobei übrigens betont werden muß, daß die Reichstagswahlen, ob 1907 oder 1912, weder nach der einen noch nach der anderen Seite irgend etwas Bestimmtes beweisen.)

Indessen hat Clemenceau mit seinen pessimistischen Prognosen nur deshalb Recht behalten, weil die interalliierte Kommission oder vielmehr ihre französischen Mitglieder, vor allem General Le Rond, alles getan haben, um die Abstimmung zugunsten von Polen zu erzwingen und die englische Politik der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in Oberschlesien nachträglich zu diskreditieren. Der militärische Druck, von dem Wilson immer wieder sprach, ist in der Tat in der schlimmsten Weise zum Nachteil der deutschgefinnten Bevölkerung ausgeübt worden. Und nachdem die Abstimmung trotz alledem eine beträchtliche Mehrheit für Deutschland ergeben hatte, hat Le Rond den Korfanti-Putsch durch Passivität begünstigt. Kurz, Frankreich hat alles getan, um Clemenceaus „Prophezeiungen“ zu verwirklichen. Aber die Schuld an allen Verwicklungen in Oberschlesien tragen weder England noch Deutschland, sondern allein die französischen Staatsmänner, Diplomaten und Generäle.

Notverordnung als Urteilsaufhebung!

Wann kommt die Notverordnung für Groß-Berlin? Ist die ständige Frage, der man überall im Publikum und Presse begegnet. Wenn eine Berliner Korrespondenz als Antwort schreibt, daß die Verordnung in den nächsten Tagen erscheinen werde, so können wir auf Grund zuverlässiger Nachrichten mitteilen, daß die Notverordnung im Berliner Rathaus Ende dieser Woche erwartet wird. Die Befürchtungen, die wir schon vor Wochen ausgesprochen und auch in den letzten Tagen wiederholt, daß nämlich bei einer Entscheidung zugunsten der Anträge von Eynern und Genossen auf Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen dieser riesengroße komplizierte Verwaltungsapparat, der sich doch noch im Aufbau befindet, sehr leicht in Unordnung geraten kann, sind leider nicht unbegründet geblieben. Die erwähnte bürgerliche Korrespondenz schreibt nämlich — und die helle Angst spricht aus ihren Zeilen:

„Die Zustände erheischen dringend allerhöchste Arbeit. Heute ist es schon so, daß unbesoldete Stadträte Bedenken tragen, an wichtigen Beschlüssen usw. teilzunehmen oder mitzuzeichnen. Da jetzt mehrere besoldete Stadträte beurlaubt sind, wird schließlich bei längerer Dauer dieses nicht vorgeesehenen Zustandes die städtische Verwaltung in die größten Schwierigkeiten geraten. Die jetzt schon bestehenden sind groß genug. Steuer- und andere sehr wichtige dringende Vorlagen konnten nicht verabschiedet werden. Es können weder Pensionierungen noch Anstellungen, weder Wahlen noch Verabschiedungen beschlossen werden. Selbst das Abschließen von Verträgen, die Vornahme von An- und Verkäufen ist erschwert. Hier muß schnellstens Wandel geschaffen werden. Deshalb soll nunmehr eine Notverordnung herauskommen, wonach der alte Zustand bis zu den Neuwahlen wieder hergestellt wird. Auch die Stadtverordnetenversammlung soll gutem Vernehmen nach weiterarbeiten, damit dringende Vorlagen erledigt werden können. Es liegen schon eine ganze Reihe solcher Vorlagen vor, deren Nichtannahme erhebliche Nachteile für Berlin im Gefolge haben.“

Ganz recht. Die städtische Verwaltung wird „in Unordnung“ und „in allerhand Schwierigkeiten“ geraten. „Es muß schnellstens Wandel geschaffen werden“. Es sind aber wahrhaftig schon Schwierigkeiten eingetreten, über die sich die städtische Verwaltung, um das Publikum nicht unnützlich zu erregen, vermutlich nicht wagen äußern wollen. Nach unseren Ermittlungen werden die städtischen Beamten zurzeit mit Arbeiten in einer Weise in Anspruch genommen, wie es in der Sommerzeit, die doch der notwendigen Erholung und Erfrischung dienen soll, noch niemals der Fall war. Alle aber, die unter diesen und den sich etwa noch ergebenden Zuständen zu leiden haben, vor allem die Einwohner von Groß-Berlin, sollen bis zum Wahltage nicht vergessen, daß es die Deutsche Volkspartei mit ihrem Fraktionsführer von Eynern an der Spitze war, die wegen „formeller Verstöße“, wie Herr v. Eynern in der „Täglichen Rundschau“ zugibt, die Wahl angefochten hat. Volle und schwere Verantwortung trifft diese Partei, die sich so gerne auf ihren Wiederaufbauwillen beruft.

Sozialdemokratie und Vaterlandspartei.

Die Gehässigkeit der bürgerlichen Presse gegen die Arbeit der Sozialdemokratie in sozialistischem Geiste nimmt immer groteskere Formen an; dem deutschlandnationalen „Lokal-Anzeiger“ blieb es vorbehalten, eine neue Entdeckung zu machen. In einer Besprechung des vom „Vorwärts“ am Sonntag veröffentlichten sozialdemokratischen Parteiprogramms nimmt er besonders an der sozialistischen Auffassung, die Sozialdemokratie sei „die Partei des arbeitenden Volkes“ Anstoß und meint, hiergegen lasse sich in genau derselben Weise begründeter Widerspruch erheben wie gegen die mittlerweile wieder in Vergessenheit geratene Vaterlandspartei, die ihn gleichfalls über sich ergehen lassen mußte. Ganz abgesehen davon, daß wir uns nicht erinnern können, vom „Lokal-Anzeiger“ jemals einen Protest gegen das schädigende Treiben der Vaterlandspartei gehört zu haben, erhebt sich der Vergleich so überaus lustig, daß wir ihn, ohne im einzelnen auf ihn einzugehen, unsern Lesern nicht vorenthalten wollten.

Ein Mißtrauensvotum haben die deutschen Sozialdemokraten im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus gegen die Regierung wegen ihrer erweiternden Anwendung jenes Ermächtigungsgesetzes eingebracht, das nichts anderes sei als der alte L. L. § 14.

Zum Jubiläum eines Liedes.

Von A. Kluge.

In diesen Sommertagen besuchte ich von Wilhelmshaven aus wieder einmal Helgoland. Seine rote Felseninsel in der Nordsee, deren einstiges wilhelminisches Krastantlig heute laut Ententebefehl radikal umgemodelt wird. Und wieder wie sonst führte mich mein Weg an dem kleinen, beschiedenen Häuschen vorbei, an dem eine Inschrift daran erinnert, daß in ihm einstmals der Dichter Hoffmann von Fallersleben gewohnt hat.

Wichtig Jahre werden es in den kommenden Augusttagen, seit August Heinrich Hoffmann, der sich nach seinem im Lüneburgischen gelegenen Geburtsort Fallersleben benannte, hier sein später so bekannt gewordenes „Deutschlandlied“ schrieb. Dieses Lied, das heute, zum deutsch-österreichischen Antisemitengesang herabgezerrt, bei jeder Gelegenheit aus den Reden „deutscher“ Bierbankarden steigt. Es ist ein fieses Schicksal, das diesem Liede zuteil wurde; einige Anmerkungen über seinen ursprünglichen Sinn dürften daher nicht unzeitgemäß sein.

Es war im August 1841, als der damalige Breslauer Professor Hoffmann seinen Verleger Campe in Hamburg besuchte, um mit diesem über die Herausgabe seiner „Unpolitischen Lieder“ zu verhandeln. Hoffmann hatte sich durch das glückliche Aufführen einer Reihe bis dahin unbekannter frühniederländischer und althochdeutscher Dichtungen bereits einen geachteten Namen gemacht. Und just ein rundes Jahrhundert ist jetzt vergangen, seit 1821 seine ersten Liebeslieder und Romane erschienen waren. Aber eine so unermüdete Philologennatur auch der gelehrte Professor und Freund des deutschen Volks- und Kinderliedes war: der reaktionäre Wetternißgeist jener vormärzlichen Epoche rief auch ihn in die politische Arena. Das einschiedene Wort des Burschenschafters Binger: „Wer die Wahrheit kennt und jaget sie nicht, der bleibe für wahr ein erbärmlicher Wicht“ fand bei Hoffmann einen lauten Widerklang. Er schrieb seine „unpolitischen“ Zeitgedichte, deren Inhalt im Gegensatz zu ihrem bescheidenen Gehalt stand, und die eine humorvoll-galante Satire auf den finsternen und phlegmatischen Geist jener Jahre darstellten.

Von den Reaktionen mit Mißtrauen und Argwohn betrachtet, von der deutschen Jugend geliebt und verehrt, war Hoffmann von Hamburg nach dem damals eagalischen Helgoland gefahren und dichtete dort am 26. August sein „Deutschland, Deutschland über alles“. Keineswegs im Sinne jenes chauvinistischen Eroberungsgebankens, wie das nach Josef Haydn's „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gekungene Lied unter Wilhelm's II. glorreiche Herr ein halbes Jahrhundert später seinen Weg zu machen begann! Im Gegenteil: Hoffmann's Verse atmeten in ihrem innersten Wesen Oppositionsluft. Aus ihnen sprach der großdeutsche Ein-

heits- und Verbrüderungsgedanke. Dieser aber richtete sich klar und unzweideutig gegen die geschworenen Feinde dieses Gedankens, die deutschen Fürsten. Die Vaterlandsliebe focht in diesem Liede gegen die Reaktion.

So hat man die Verse damals auch aufgefaßt. Die unter der Devise schwarz-rot-gold marschierenden Turner sangen das Lied bereits zwei Monate nach seinem Entstehen. Und auch Fürsten und Kaiser erkannten den tieferen Sinn des Liedes. Noch im selben Jahre wurden Hoffmann's „Unpolitische Lieder“ mitamt ihrem Verlage verboten. Im folgenden ward gar der Dichter seiner Breslauer Professur enthoben, um, aus vielen Bundesstaaten ausgewiesen, lange heimlos durchs deutsche Land zu irren.

Dieses schimpfliche Unrecht hat der Dichter nie ganz überwunden. Auch nach 1870 nicht, wo er bekanntlich Verse zum Lobe des damaligen Kaisers sang. Er kannte die burschlichen Pappenheimer und wußte, wie fremd viele unter ihnen dem Reichsgedanken gegenüberstanden. Alte Schmerzen wirkten bei dem Manne nach, dessen wissenschaftliche Bedeutung das Ausland früher als seine Heimat erkannt und zu schätzen gewußt hatte. Und manchen durchschaute er. Und zornig brach es gelegentlich aus seiner Brust:

Des Reiches Feind ist auch mein Feind!
Fluch euch, die ihr's nicht ehrlich meint!

Sollten diese Worte nicht ebensogut vorahnend auf das heutige altdeutsche Paulertum gemünzt sein?

Pflanzen als Wetterpropheten. Nach dem Volksglauben sollen gewisse Pflanzen, die man als „Wetterpflanzen“ bezeichnet, die Eigenschaft besitzen, die kommende Witterung zu erkennen und durch Gestaltsveränderungen äußerlich kundzugeben. In der Tat kann man an einigen Gewächsen eine außerordentlich feine Empfindlichkeit für den jeweiligen Feuchtigkeitsgehalt der Luft und gleichzeitig damit eine Reaktionsfähigkeit beobachten, die sich durch bestimmte Bewegungen dieser Pflanzen äußert. Sehr häufig kommt es auch vor, daß die Feuchtigkeitsempfindlichkeit der Wetterpflanzen erst im abgestorbenen oder vertrockneten Zustand auftritt, und zwar in diesem Falle als Folge von Spannungsercheinungen zwischen zwei nebeneinanderliegenden Gewebeschichten, die sich beim Eintrocknen zusammenziehen und bei Befehung wieder ausdehnen, wie man es z. B. an manchen Kapselfrüchten sehen kann.

Am deutlichsten und sichersten soll man das Wetter am Verhalten der Wetter- oder Silberdistel (Carlina acaulis) voraussehen können, die bei schönem Wetter die glänzendweißen Hülschuppen ihrer unbesielten Blütenköpfe strahlenförmig auseinanderlegt, während sie bei trüber Witterung zu einer länglichen Kugel zusammenschließt. Bei anderen Wetterpflanzen sind es einzelne Teile, an deren jeweiliger Stellung man die Wetteraussichten erkennen will, so beispielsweise die zarten Grannen der Teilsrüchte des Reicherschnabels wie auch die Grannen der Feder-

priemengrases, der Gerste und des Hafers, die sich bei trockenem Wetter forzieherartig aufrollen und bei Nässe austrecken.

Das einzige, was man an allen diesen Wetterpflanzen erkennen kann, ist immer nur der augenblickliche Feuchtigkeitsgehalt der Luft, der allerdings vor Eintritt eines Regens größer ist, so daß man, wenn die Pflanze ihre Feuchtigkeitsreaktion wahrnehmen läßt, allenfalls Regenwetter prophezeien kann. Das ist aber auch alles. Wirklich wertvolle Voraussetzungen für die kommende Witterung kann man aus dem Verhalten jener Pflanzen niemals entnehmen, schon deshalb nicht, weil sie für die Luftdruckverhältnisse, die gerade das wichtigste Kennzeichen jeder Witterungsveränderung bilden, keine Empfindlichkeit äußern. Als Feuchtigkeitsmesser können die sogenannten Wetterpflanzen, zu denen übrigens auch die bekannte „Ferdhorose“ gehört, mit vollem Recht gelten, als Wetteranzeiger jedoch nie und nimmer.

Elektrische Wundbehandlung. Eine Methode, durch die Wunden infiziert sind, mit Hilfe der Elektrizität zu zerstören, ist von dem englischen Arzt Bollingwood Fenwick angegeben worden, der darüber im „British Medical Journal“ berichtet. Es ist ihm danach gelungen, Fälle, die bereits hoffnungslos erschienen, schnell zur vollständigen Heilung zu bringen. In einem Fall hatte ein Mann eine schwere Blutvergiftung am Unterarm, die durch die gewöhnliche Behandlung nicht behoben werden konnte. Der Arm wurde daraufhin in eine Porzellanwanne gelegt, die mit einer Salzlösung gefüllt war, und dann ließ man den elektrischen Strom durchgehen. Am folgenden Tage befand sich der Arm schon in einem viel besseren Zustande, der von Tag zu Tag zunahm, und nach 10 Tagen war er vollkommen geheilt. Tiefe Wunden von Granatsplittern, die besonders schwierig zu behandeln sind, wurden angeblich mit dem gleichen Erfolge kuriert.

Gnawald Tübingen, dessen für die Volkshäute geschaffenen Vahnenbilder der Berliner Arbeitern noch in Erinnerung sein dürften, ist als Professor der Graphik an die Kasseler Kunstakademie berufen worden.

Zweiter Potsdamer Kunstsommer. Der diesjährigen ersten Potsdamer Kunstausstellung soll im nächsten Sommer eine weitere folgen, die der Architekt gewidmet sein wird. Peter Behrens und Hans Polajig werden das Arrangement übernehmen. Daneben plant man eine historische Potsdamer Ausstellung.

Eine „Verwaltungsakademie“ ist von der Unidversität Jena eingerichtet worden. Es werden Vorlesungen über bürgerliches Recht, Steuerrecht, Agrarrecht, Strafrecht, aber geschichtliche Themen u. a. gehalten werden, und zwar als Hochschulkurse für Beamte. Beginn: 5. November.

Risch-Einfuhr verboten. Der Schweizerische Bundesrat hat die Einfuhr minderwertiger Kunstgegenstände verboten. Die Entscheidung über die Frage, ob es sich im einzelnen Falle um Kunst handelt oder um Risch, steht der Kunstkommission zu, die damit häufig vor eine recht schwierige Aufgabe gestellt werden wird. Denn das plattdeutsche Sprichwort „Wat dem Einen sin Utli, is dem Andern sin Rachtigall“, gilt bekanntlich auch für Kunstwerke.

Eine Ausstellung für Sparames Brizen und Kochen wird von Mitte August bis Ende September im Charlottenburger Schloss stattfinden. Sie bildet den wichtigsten Teil der Lebensstellung für Wärme-wirtschaft, die gegenwärtig in München zu sehen ist.

Kirchenwahlen und Sozialdemokratie.

Von Pfarrer Bleier, Charlottenburg.

Die Wahlen zur Verfassung gebenden Kirchenversammlung haben sich sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgespielt in dem geschlossenen Kreise der kirchlichen Gemeindeförperschaften. Sie waren das Spiegelbild auf die Kirchenwahlen im Frühjahr (Neuwahlen zu den kirchlichen Körperschaften) und haben deshalb keinerlei Uebertragungen gebracht für diejenigen, die die kirchlichen Verhältnisse kennen. Bei den Wahlen zur Verfassung gebenden Versammlung sind von allen Richtungen — es lagen 7 Listen vor — viel schöne Worte geredet worden über die neue „Volks“-Kirche. Welche Wirklichkeit diesen Worten gegenübersteht, beweist das Ergebnis der Wahl. Für die Provinz Brandenburg einschließlich Groß-Berlin haben die Hochorthodoxen, die in dem bekannten Pastor Philipps-Charlottenburg ihren Führer erblickten, von 51 Sitzen 27 erobert, also die absolute Majorität. Es genügt zur Kennzeichnung dieser Liste, daß Philipps und seine Freunde seinerzeit die Entfernung des bekannten freigerichteten Pfarrers Jatho in Köln mit Energie und mit Erfolg betrieben haben. Es sind die Kreise, die nach ihrem Programm heute noch nach der Revolution in der Kirche nur gläubige, d. h. orthodoxe Pfarrer haben wollen, die heute noch verlangen, daß in der Kirche jeden Sonntag das Apostolikum, das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis (Ich glaube an Gott den Vater, den allmächtigen Schöpfer usw.) von allen Pfarrern verlesen und bekannt wird, auch wenn ein freigerichteter Pfarrer — und es gibt deren viele — erklärt: Ich lehne dieses Apostolikum gänzlich ab, ich glaube nicht daran. Diese intolente Richtung hat also die Mehrheit hier sogar, wo in Groß-Berlin doch schon seit Jahrzehnten eine bedeutende kirchlich liberale Bewegung besteht. Uns Sozialdemokraten interessiert deshalb von allen übrigen Wahlvorschlägen, die außer dem kirchlich liberalen alle mehr oder weniger nach der Orthodoxie hinneigen, nur der kirchlich liberale. Dieser Wahlvorschlag hat eine vernichtende Niederlage erlitten; denn von 51 Sitzen hat er nur 8 Sitze erobert. Er ist also zu vollständigiger Ohnmacht verurteilt. Dieser Mißerfolg, der das natürliche Ergebnis der Kirchenwahlen im Januar war, hat nicht nur äußere, sondern auch innere Gründe.

Einmal hatten wir eine blühende kirchlich liberale Bewegung auch in Groß-Berlin. Damals war Traub der Führer und wies das Ziel eines großen neuprotestantischen Kulturbundes, in dem für alle Freierichteten Platz war, als Sturmbaum gegen die kirchliche und politische Reaktion. Damals wurde die kirchlich liberale Bewegung begeistert getragen von freigerichteten Bürgerlichen und genoss auch die Sympathien mancher Sozialdemokraten. Das ist längst anders geworden. Seitdem Traub politisch gescheitert hat und sogar in die Kopp-Bewegung hineingeriet, hat er auch kirchenpolitisch gescheitert. Nicht er in dem Apostolikum eine brauchbare Grundlage der Kirche, kämpft er mit für die konfessionelle Kirche, er, der einst ganz genau wußte, daß dieser Religionsunterricht, so wie er heute gelehrt wird an den meisten Schulen, diese geradezu mit Ekel und Abscheu gegen die Religion erfüllt oder sie ganz gleichgültig läßt, weil er keine Fühlung hat mit dem Volksempfinden der Gegenwart. Dieser Geist, der Geist Traubs, herrscht bei den Führern des kirchlichen Liberalismus von Groß-Berlin, die auch politisch seine Freunde sind. Und deshalb haben sich diese enttäuscht zurückgezogen und machen einfach nicht mehr mit. Sie vermissen den Ernst der Tat, wirklich auch allen politischen Richtungen in der Kirche freie Bahn zu geben. Unter den 8 gewählten Liberalen befindet sich ein einziger Sozialdemokrat, unser Genosse Portius. Bezeichnenderweise wohnt er nicht in Groß-Berlin, sondern in Brandenburg.

In Brandenburg weht unter einigen Liberalen ein frischer Geist, dort ist man bei den Kirchenwahlen mit den Sozialdemokraten in Fühlung getreten und hat sogar in der Katharinenkirche vor einigen Wochen eine religiöse Meißfeier gehalten. Aber hier in Berlin haben die liberalen Führer — sie gehören sämtlich der Deutschen Volkspartei oder dem rechten Flügel der Demokraten an — für den religiösen Sozialismus kein Verständnis. Sie veranstalteten wohl Gedächtnisfeiern für die ehemalige Kaiserin in der Kirche, verhielten sich aber religiösen Meißfeiern gegenüber ablehnend, weil die „politisch“ wären. Hochkonzernieren, bei denen sogar in der Kirche „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde, haben sie ohne Bedenken gehalten. Sie begrüßen es auch nicht, wenn Pfarrer Sozialisten sind und in der Sozialdemokratie den christlichen Gedanken vertreten, sondern sehen im günstigsten Falle in ihnen guimutige Schwärmer, die über kurz oder lang Schiffsbruch leiden und erkennen werden, daß Sozialdemokratie und Kirche sich nicht vereinigen lassen, ebensowenig wie

Christentum und Sozialismus. Sie wollen nichts wissen von der herrlichen religiösen Bewegung in der Schweiz, die sich knüpft an die Namen Kutter-Rogoz. So wird Genosse Portius aus Brandenburg in unserer Verfassung gebenden Versammlung auch unter den kirchlich-liberalen ein weißer Rabe sein und erfahren, wie Sozialdemokraten in der Kirche keine Förderung zu erwarten haben von dieser Verfassung gebenden Versammlung.

Trotzdem sage ich nicht: Genossen, tretet alle aus der Kirche! Sondern ich sage: Genossen und Genossinnen, die Ihr in der Kirche seid, tretet ein für unsere Gedanken! Organisiert Euch für die nächsten Kirchenwahlen — gerade auf dem Lande und in kleinen Städten ist das durchaus möglich —, dann könnt Ihr auch

Postabonnetten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnetten, das Abonnement für den Monat August zum Preise von 10 M. einschl. Zustellungsgebühr bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Die Kirche benutzen zum Aufbau der neuen Kultur, die sich nicht gründen darf auf das Kapital, sondern auf den Menschen. Denn nicht das Geld ist heilig, sondern allein der Mensch!

Die Einberufung der außerordentlichen Kirchenversammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung der alten preussischen Landeskirche ist für den 24. September in Aussicht genommen. Ueber den Entwurf zur Verfassungsvorlage ist zwischen dem evangelischen Oberkirchenrat und dem Generalsynodalarbeitsrat bezüglich der künftigen Verfassung der Kirchengemeinden und Kirchentreife im wesentlichen Einverständnis erzielt worden, während sich bezüglich der Organisation der Provinzial- und landeskirchlichen Verwaltung grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben haben. Es ist deshalb mit der Verlegung von Doppelentwürfen zu rechnen, deren Veröffentlichung baldigt erfolgen soll.

Groß-Berlin Der Glasmusikant.

„Aus der Jugendzeit klingt ein Lied mir immerdar — ach wie liegt so weit, was mein einst war.“ Silberhell und fein schwingt dieses Lied durch den Straßenlärm der Siegelallee. Harmonisch fügen sich merkwürdige Töne ineinander wie Sphärenmusik, wiederholen sich und verhalten. Menschen bleiben stehen und horchen auf. Markfabrik steigen ab, Kuliher halten zeitweilig ihre Pferde an und lauschen. Eine Kumpel im Strohhut, ein neues Bild im Kreise der Großstadt. Ein Kriegsbekämpfter steht hinter einem Schmelz, auf den er einen Kasten gestellt hat, der ein sonderbares, nicht alltägliches Instrument trägt: ein Brett, auf dem kristallklare, teilweise mit Wasser gefüllte Bläser von verschiedener Größe befestigt sind. Wenn er nun mit seinen Händen die Ränder der Bläser streift, dann klingen sie. Die orphen rief und doch die keinen hell und leicht

beschwingt. Er muß denken bei dieser Arbeit und er schaut nicht auf. Es hat den Anschein, als ob er sich ganz dem Spiele hingäbe. Neben ihm sitzt ein kleiner Junge, barfüßig und schlecht gekleidet, mit guten, großen Augen, die zuweilen liebevoll den Spieler betrachten. In einer Wägen sammelt er Almosen, die von den Zuschauern gependet werden.

Sein Wesen ist es hier wie überall: die Ärmsten gehen, vom Mitgefühl, ergriffen am häufigsten. Verstoßen greifen sie in die Tasche, geben schnell, oft ichen und entfernen sich rasch. Wohlhabende tun es meist mit lässiger Miene. Viele schütteln spöttisch ihre gepflegten Köpfe und geben abschließend davon. „Worauf das arbeitsscheue Gefindel nicht alles verfaßt“, sagte einer von ihnen. „Verzeihung, mein Herr, spielte dieser Mann im „Wintergarten“, angehen mit Grad und weißer Weste, würden Sie ihm Beifall zollen und seine Kunst sicherlich als „kolossal“ oder „phänomenal“, vielleicht sogar als genial bezeichnen, während Ihre gepushten und mit allen Toilettegeheimnissen vertrauten Damen „entsetzend“, „himmlisch“ oder auch „läh“ lächeln würden. Und der Gedanke an das „arbeitsscheue Gefindel“ würde Ihnen gar nicht kommen, besonders dann nicht, wenn Sie später im geheimen Nachhohal bei teurem Sekt verjubeln, was flehrixe Hände erwarben.“

Ein Gedenktag.

Heute vor zehn Jahren zog die arbeitende Jugend Berlins in großen Scharen aus den Reutöllner Gemeindefriedhof, um ihrem so früh aus dem Leben gerissenen Führer Fritz Maschke einen Denkstein zu setzen.

Fritz Maschke, ein echter Proletarierkämpfer, war von früher Kindheit an gezwungen, ins Erwerbsleben einzutreten, um der alten Mutter und den kleineren Geschwistern zu helfen. Er tat dies in reiflicher Hingabe, trotzdem sich schon damals die Schwindsucht bemerkbar machte.

Der Gedanke der Jugendbewegung und des Jugendschutzes war damals noch wenig entwickelt. Fritz Maschke war zunächst Mitglied eines christlichen Junglingsvereins, lernte dann die Arbeiterjugendbewegung kennen und schloß sich ihr an. Durch seine Intelligenz und seinen Fleiß wurde Fritz Maschke nicht nur der Leiter und einer der besten Vorkämpfer unserer Berliner Organisation, sondern auch ein geachteter Führer der deutschen Jugendorganisation.

Wenn wir heute an den damals 22jährigen Fritz Maschke zurückdenken, der so plötzlich von uns ging, so tun wir es mit dem Wunsche, daß unsere Arbeiterjugend diesem selbstlosen Kämpfer nachstreben möge.

Die Arbeiterjugend wird heute an seinem Grabe einen Kranz niederlegen.

Ein verhängnisvoller Schuß.

Schreckenstat eines jähzornigen Taubenfreundes.

Wegen einer im Jähzorn verübten Tat hatte sich gestern vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I der Lehrenbauer Jürgen von Kaminetzki zu verantworten. Die Anklage warf dem Angeklagten die Schuld für eine dem 15jährigen Schüler Bruno Grünberg zugefügte Körperverletzung vor, die zur Folge hatte, daß G. auf beiden Augen erblindete.

Der in dem Hause Wiesenstraße 10 wohnhafte Angeklagte beschuldigt sich schon von Jugend an mit der Zucht von Kassetauben, von denen er einige 60 Stück auf dem Boden des genannten Hauses untergebracht hat. Wie er vor Gericht erklärte, seien ihm diese Tauben sehr lieb geworden. Um so mehr habe er sich gedrückt, wenn ungezogene junge Vurdschen mit Steinen warfen und mit Katapulten nach den Tauben schossen oder ihm „Taubenritze“ nachriefen. Am 11. Juli d. J., so behauptet der Angeklagte, hätten wieder mehrere Jungen, unter ihnen der jetzige Zeuge Grünberg, vom Nachbargasse aus nach den Tauben mit Steinen geworfen. Der Zeuge G. und andere bestritten dies und behaupteten, daß der Angeklagte sie erst mit einem Teschin bedroht und dann mit einem zweiflügeligen Jagdrevolver einen Schuß auf sie abgegeben habe.

Dieser Schuß hatte, wie Augenarzt Kassar vom Birkow-Krankenhaus bekundete, die furchtbare Wirkung, daß Grünberg auf beiden Augen erblindete und stets blind bleiben wird. Die Behauptung des Angeklagten, daß er nur mit einem Selbstschußapparat einen Schreckenschuß abgegeben habe, wurde durch das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen, Waffenfabrikant Otto Bod, an der Hand der Röntgenaufnahme widerlegt. — Der Vertreter der Anklage beantragte mit Rücksicht auf die außerordentlich schweren Folgen, welche die im Jähzorn verübte Tat des Angeklagten

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Wieder warf sie mit einem Ruck den Kopf hoch. „Oh, rief sie lachend aus, „mein Haar!“ Sie eilte zum Spiegel, um ihre Haare, die herabgefallen waren, wieder lose aufzusteden. Er sah im Spiegel ihr Gesicht, das in einer stummen Sprache zu ihm redete, in einer Sprache, die er verstand und um deren willen er diese Frau verabscheute. „Bin ich schön?“ fragte sie. „Ja,“ antwortete er, „aber ich begreife doch nicht, wieso Sie jemandem zum Verderben werden konnten.“ Sie blieb von seiner Beleidigung unberührt und blickte überlegen über ihn hinweg, so, als ob er ein Schwärmer wäre, der sie im Augenblick amüsierte. „Ach, glaube es Ihnen, daß Sie das nicht begreifen. Ihre Formel ist sehr einfach. Sie sind kein Mann.“ „Oh!“ drohte er ihr. „Kein Mann,“ wiederholte sie, ihn unter einem mit einer groziösen Gebärde besänftigend. „Ihr herrliches Gebaren täuscht mich nicht. Es bestätigt mir nur, daß Sie im Innersten schwach sind.“ Er lachte rau auf. „Oh, ich würde es schon auf mich nehmen, Sie zu zähmen.“ Sie wandte sich ihm zu, ließ beide Arme herabsinken und sah ihn, sich ihm gleichsam wehrlos preisgebend, voll an. „Das würde Ihnen nie gelingen. Ich fürchte Sie nicht. Kein.“ „Vielleicht werden Sie es noch lernen, mich zu fürchten!“ Ihre Augen schimmerten in leuchtendem Glanz. „Wie, ... wie wollten Sie das zumege bringen?“ fragte sie leise. Er forderte sie mit einer Handbewegung auf, sich zu setzen und rückte seinen Stuhl nahe an den Ihren heran. „Ahnen Sie es noch nicht, daß ich Ihre — Vergangenheit kenne?“ fragte er. „Ich weiß es,“ sagte sie mit einer Ruhe, die ihn seltsam packte. „Ich wußte es von dem ersten Moment an, als ich Sie sah, und doch fürchte ich Sie nicht. Was können Sie mir tun?“ „Ich kann Ihnen überallhin folgen, — wie ein Schatten.“ „Ich fürchte auch keinen Schatten,“ sagte sie, „nein, Ihr Schatten würde mich nie erschrecken, nie!“ „Mein Schatten würde zu Ihrem Gewissen werden,“ mahnte er sie. „Schreckt Sie auch Ihr Gewissen nicht?“

Sie schüttelte den Kopf. „Ein Mann sitzt für Sie im Gefängnis,“ fuhr er fort, „und büßt dort Ihre Schuld, — noch zehn endlose Jahre muß er büßen, muß er warten und sich sehnen, — Tag für Tag, Monat für Monat, Jahre hindurch. . . Wissen Sie, was das heißt?“ „Wissen Sie es?“ gab sie zurück. „Ich weiß es,“ sagte er mit abgestorbener Stimme, „oh ja.“ Ihre Augen weiteten sich, wuchsen in einem trüben Staunen. „Sie —?“ Da verlor seine Stimme mit einem Male alles Drohende, sie wurde leise und war doch voll eines maßlos Schweren. „Ich war mit ihm zusammen, — verstehen Sie mich? — mit ihm! . . . Und es gab keinen außer meiner, den er hatte, wie auch er der einzige war, der mir geblieben war. Er war mehr als mein Freund, denn was bedeuten an jenem Ort Begriffe wie: Freundschaft! . . . Er war ein Stück meines Körpers, meine Seele war ein Teil von ihm. Es gab keine Falte in dem Herzen des einen, die der andere nicht kannte, — wir liebten einander, wir waren eins!“ Er bedeckte sein Gesicht mit beiden Händen und schwieg eine Weile. „Und dann durste ich plötzlich gehen, ich war frei. . . Nie werden Sie das begreifen, was es heißt: frei sein! Es heißt, wieder leben dürfen, wo man doch schon tot war, wieder atmen können, wo sich einem doch schon eine harte Faust für immer um die Kehle gelegt hatte. . . Ich durfte gehen, und er blieb zurück, — blieb allein zurück, wie auch ich allein gehen mußte und bis heute allein geblieben bin!“ Er wälzte die Hände wieder vom Gesicht und sah sie an. „Verstehen Sie jetzt, wer ich bin und wie ich zu ihm und zu Ihnen stehe?“ „Ich weiß nur, wie Sie zu ihm stehen,“ sagte sie. „Aber wie stehen Sie zu mir?“ „Ich bin da, um Sie an ihn zu mahnen, um Ihnen zu sagen, daß er noch lebt, daß er sich nach Ihnen sehnt und daß Sie auf ihn zu warten haben.“ „Wie lange noch,“ sagte sie traumhaft, „noch zehn lange Jahre?“ „Dann bin ich alt.“ „Ja,“ sagte er, „und doch müssen Sie warten, — denn er hat soviel für Sie getan, wie kein zweiter Mann für Sie tun würde!“ Sie legte die halb verglommene Zigarette in den Aschenbecher und drückte sie aus. „Er hat mich geliebt,“ sagte sie, „deshalb hat er es getan. . .“

„Ach Sie? Haben Sie ihn nicht geliebt?“ „Ich habe nur meinen Mann geliebt, — das war alles. . . Der andere hat mich von ihm befreit. Dafür war ich ihm dankbar. Wir sind quitt.“ „Sie sind kalt und grausam,“ sagte er mit pochendem Herzen, denn ihm war, als müsse es ihm gelingen, sie zu überzeugen. „Denken Sie nicht daran, was er leidet?“ „Er büßt, was er getan hat.“ „Waren Sie es nicht, die ihn dazu getrieben hat, es zu tun?“ Sie wurde rot und ballte zornig die Fäuste. „Hat er Ihnen das gesagt?“ „Mehr noch,“ versetzte er und hatte die Empfindung, daß er eine Wolfgrube bereite, in die sie unrettbar hineinstürzen mußte, „er hat mir Beweise gegeben.“ Sie biß sich auf die Lippen. „Beweise?“ Seine Haltung nahm etwas hinterhältiges an. „Es existiert ein Brief von Ihnen, der beweist oder es zum mindesten wahrscheinlich macht, daß Sie bei jener Tat damals die treibende Kraft waren. . . Ja, dieser Brief ist vorhanden. Zu Ihrem Glück lag er dem Gericht, das damals gegen Sie verhandelte, nicht vor. Sonst säßen Sie — er lächelte düster — „jetzt wohl nicht hier!“ Ihr Gesicht war verzerrt und sie kämpfte mit dem Atem. „Wo, . . . wo ist dieser Brief?“ flüsterte sie. „In meinem Postfach,“ sagte er langsam und kostete diese Minuten ihrer Angst voll aus, „in meinem sicheren Postfach.“ „Und er, . . . er hat Ihnen . . . diesen Brief gegeben?“ „Er befand sich an einer sicheren Stelle,“ antwortete er ruhig, „an einem Ort, von dem ich ihn, als ich in Freiheit war, abzuheben hatte. . . Das habe ich getan. Mein Auftrag ist es, ihn zu verwahren. Ich erfülle meinen Auftrag.“ Sie schrie plötzlich auf, so laut und in einem Ton so tiefgründiger Dual, daß er bis in seinem Innersten erbebt. Sie war aufgelsprungen und hatte sich, wie um ihm zu entziehen, zur Tür gewendet, war aber vor dieser wieder läch umgekehrt und hatte sich auf die Ottomane geworfen. Sie lag mit dem Gesicht nach unten und schluchzte. Ihr Weinen erschütterte ihren ganzen Körper. Es rang sich stoßweise aus ihr empor, es überflutete sie, wie ein tosendes hervorbrechendes Gewitter eine lechzende Landschaft übersintet. Und mit einem Male, — so, wie sich einem Menschen, der sein Leben lang gehungert hat, ein Traum erfüllt, — mit einem Male ging ihm auf, wie schön sie war. (Fortf. folgt.)

gehört habe, zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis unter Ablehnung des vom Staatsanwalt beantragten Haftbefehls.

Durch Fürsten-Reichtum verdorben.

Von Kaiser-Nachten und Prinzenschlössern war in einer Verhandlung die Rede, welche gestern vor der 2. Ferienkammer des Landgerichts I gegen den der gewerbmäßigen Hehlerei angeklagten Dekorateur Richard Kubitz stattfand.

Der Angeklagte war früher bei verschiedenen Hoflieferanten als Dekorateur angestellt gewesen, und zwar besand er sich stets auf Reisen. Seine Aufträge führten ihn in zahlreiche kaiserliche, prinzipale und fürstliche Schlösser, ferner auf die Yachten „Hohenzollern“ und „Meteor“. Ueberall waren die seltensten und wertvollsten Kostbarkeiten aufgestapelt, die einen unermesslichen Wert hatten und die Begehrtheit des einfachen Mannes reizten. Im Krieg erlitt er infolge eines Posttreffers eine schwere Gehirnerschütterung, lag viele Monate im Lazarett und als er herauskam, war alle Herrlichkeit verschwunden. Er fand also in seinem alten Berufe keinen Erwerb mehr und legte sich auf Vermittlungen. Aber schon das erste Geschäft mit einem holländischen Kapitän, bei dem es sich um Seide für 400.000 M. handelte, brachte ihm 9 Monate Gefängnis ein, da sich später herausstellte, daß die Seide gestohlen war. Wenige Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis lernte Kubitz in einem Café am Potsdamer Platz einen elegant gekleideten Herren kennen, der sich als Automobilhändler und Besitzer einer antiken Uhrensammlung ausgab. Es handelte sich um 36 alte Uhren von unschätzbarem Werte, darunter einige Wunderwerke der mittelalterlichen deutschen Uhrmacher- und Goldschmiedekunst, und zwar einige von Peter Hele in Nürnberg hergestellte eiförmige Uhren, sog. „Nürnberg Eier“. Diese Uhren waren von dem angehenden Automobilhändler, der in Wirklichkeit ein bekannter Einbrecher war, bei einem Bankler Marjop am Reichstagsufer gestohlen worden. Kubitz wurde festgenommen, als er diese Uhren zusammen mit 9 bei der Frau Professor Marburg in Charlottenburg gestohlenen Perlesteppichen in einer Droschke fortzuschaffen wollte.

Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Harry Pincus auf die vorzüglichsten Zeugnisse des Angeklagten hin, der als ein durch die Kriegsstrapazen und Verletzungen völlig zerütteter Mann sich nicht mehr in die neuen Verhältnisse habe hineinfinden können. Das Gericht ließ auch weitestgehende Milde walten und verurteilte den Angeklagten nur wegen einfacher Hehlerei zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der vollen Untersuchungshaft von 5 Monaten.

Kreisvertreterversammlung.

In der Vertreterversammlung des Kreises IV (Prenzlauer Tor) referierte Genosse Franz Krüger über die Aufgaben des Parteizweiges in Görlitz, der sich unter anderem mit der Einigungsfrage und der Beteiligung an der Regierung und die Frage des Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung beschäftigten wird. Des Weiteren muß die Programmfrage gelöst werden. Der Vortrag fand großen Beifall. Als Delegierter zum Parteitag wurde einstimmig Genosse Paul Kittauer vorgeschlagen. Zum Bezirksrat lagen verschiedene Anträge vor, die in zum Teil heftigen Debatten erledigt wurden. Sie behandelten die Wahl der Stadtschulräte und die Konzeptionen, die den Bürgerlichen bei dieser Gelegenheit gemacht wurden; ferner Gegenmaßnahmen gegen Provokationen der Kommunisten bei unseren Veranstaltungen, und endlich wünschte man verschiedene Änderungen in der Befugnis des Bezirksvorstandes. Der Vorschlag, eine Genossin als dritte Vorsitzende im Bezirksvorstand zu wählen, wurde abgelehnt. Nach einem kurzen Hinweis des Kreisvorsitzenden Kemnitz auf die bevorstehenden Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die Wanderflegel sind's gewesen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der vergangene Sonntag hat zufolge den aus der näheren und weiteren Umgebung und auch aus der Provinz aufstauenden Nachrichten eine große Reih von Waldbränden gebracht. Man hat jetzt dafür und sehr schnell eine Erklärung bei der Hand: „Die Wanderflegel sind's gewesen!“ Einmal darf aber als ziemlich sicher feststehen, daß die organisierten Wanderflegel wie die organisierten Arbeiter-Jugendwanderer fast immer mit Führer wandern, die sich der Befolgen einer Abkocherei mitten im Walde bemußt sind. Leider wandern aber sehr viele der Arbeiter wie der bürgerlichen Jugend „wild“, und diese Leute, die sich der Disziplin einer Organisation nicht fügen mögen, sind oft genug eine Gefahr. Eine nicht zu vergebende Gefahr für den Wald aber sind die Raucher, die ihre glimmenden Stummel achtlos wegwerfen. Es muß jeden Naturfreund traurig stimmen, wenn er hört, daß an einem Sonntag im Grunewald allein drei Brände ausgebrochen sind. Der Schuß der Wälder ist ebenso sehr Sache des Volkes selber wie der Schuß der Menschen. Jeder soll mithelfen, den Wald zu schützen. Mit Ausdrücken wie „Die Wanderflegel sind's gewesen!“ soll man vorsichtig sein. Die im Wald unachtsam sind, rechnen zu der unangenehmen Junft der Wanderflegel.

Einen großen Butterdiebstahl, durch den eine ganze Reihe Berliner Familien geschädigt worden sind, betrieb ein Kaufmann Ferdinand Erler aus Ulln, der jetzt dort auf Veranlassung des Untersuchungsrichters verhaftet worden ist. Erler inserierte in Berliner und anderen Tageszeitungen, daß er la Allgäuer Tafelbutter, ungeschälte, stets frisch, in Postpaketen von 10 Pfund zum Preise von 185 M., frei Haus, bei Vorauszahlung auf sein Postcheckkonto Stuttgart 23 864, liefert. Auf diese Anzeige sind eine ganze Anzahl Bestellungen eingelaufen und das Geld ist auch beim Postcheckamt eingezahlt worden. Erler hob die eingezahlten Beträge ab, ohne daran zu denken, auch die Butter zu liefern. Als der Schwindel an den Tag kam, wurde das Postcheckkonto gesperrt; doch laufen noch ständig Zahlungen ein. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich bei der Dienststelle B II, 18, Zimmer 113, des Berliner Polizeipräsidiums melden. Andere, die das Inserat noch nachträglich lesen sollten, werden gewarnt, das Geld einzusenden.

Die Umbauarbeiten am Bahnhof Friedrichstraße.

Die Fertigstellung der Kellieranlagen an der Ostseite des neuen Bahnhofes, die vor einiger Zeit in Angriff genommen worden sind, macht gute Fortschritte und dürfte etwa in einigen Wochen zu erwarten sein. Hier werden für die Entwässerung des gesamten Bahnhofes einige Pumpenanlagen usw. erforderlich, die späterhin mit den erforderlichen maschinellen Ausstattungen versehen werden. Bis zum Ende des Jahres wird der neue Stadtbahnsteig, der etwa 0,75 Meter höher als die beiden alten Bahnsteige liegen wird, einschließlich der Fahrplanausgaben, der neuen Restaurationsräume usw. soweit fertiggestellt sein, daß seine Inbetriebnahme erfolgen kann. Der neue Bahnsteig wird ebenso wie die beiden anderen bis zur Fertigstellung des Umbaus der unteren Räume im Bahnhof Friedrichstraße eine vorläufige Ueberdachung erhalten. Mit dem Tage der Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges wird dann der bisherige Stadtbahnsteig außer Betrieb gesetzt, um die Grundmauern und die Räume im Sockelgeschos des Bahnhofes nach den Umbauarbeiten auszugestalten. Ebenso werden auch die erforderlichen Erweiterungen der Sprebrücke erst nach der Aukerbetriebssetzung des alten Stadtbahnsteiges erfolgen können. Mit der Inbetriebnahme des neuen Bahnsteiges wird auch die jetzt im Bau begriffene neue Schalterhalle östlich der Friedrichstraße mit dem einen Zugang zum Bahnsteig und dem Übergang zum Nord-Südbahn dem Betrieb übergeben werden können, wenn auch die abwärtsführende Treppe vorläufig den Reisenden noch nicht zur Verfügung steht, da ja die Nord-Südbahn voraussichtlich erst ein Jahr später dem Betriebe wird übergeben werden können. Nach dem vollendeten Umbau des Untergeschosses werden dann die endgültigen Bahnsteighallen errichtet

werden, und zwar sollen zwei getrennte Hallen, die eine über dem neuen Bahnsteig, die andere über den beiden alten Bahnsteigen, die dann dem Fernverkehr dienen werden, errichtet werden.

Vorhochhebung für Auslandspakete. Im Auslandspaketverkehr sind seit dem 20. März 1921 die Gewicht- und Versicherungsgebühren nach dem Verhältnis von 1 Franken = 10 M. erhoben worden. Entsprechend der inzwischen veränderten Bewertung der deutschen Mark und infolge der bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergebenden Beförderungsgebühren sieht die Postverwaltung zur Verhütung von empfindlichen wirtschaftlichen Schädigungen gezwungen, vom 1. August d. J. an die vorbezeichneten Gebühren nach dem Verhältnis 1 Fr. = 12 M. zu erheben. Ueber die Einzelheiten geben die Postanhalten Auskunft.

Ablenkung der Autolinie 8. Die Allgemeine Berliner Omnibus-A.G. muß ihre Kraftwagenlinie 8, Alexanderplatz-Wilmersdorf, wegen Straßenbauarbeiten zwischen dem Dönhofsplatz und dem Spittelmarkt vorübergehend ablenken. Die Wagen fahren von der Leipziger durch die Jerusalem Straße, über den Hausvogt-Platz, den Werderischen Markt, den Schloßplatz und durch die Königstraße, wo sie in den regelmäßigen Weg einmünden. Die Teilstrecke von der Ecke der Potsdamer und Bülowstraße endet während der Dauer der Ablenkung am Werderischen Markt statt am Spittelmarkt.

Von einem Blumentopf getroffen wurde ein Sonntagspaziergänger, der Maurer Georg H. aus der Berliner Straße in Wilmersdorf. Vom zweiten Stockwerk des Hauses Hindenburgdamm 82 fiel ihm ein Blumentopf auf den Rücken, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Menschen, die derart rücksichtslos mit dem Leben und der Gesundheit ihrer Mitmenschen umgehen, sind natürlich für den Schaden, den sie anrichten, haftpflichtig. Daselbst ist der Fall, wenn durch Wasser, das beim Begießen der Blumen vom Balkon herabläuft, ein Anzug beschädigt wird.

Die Schreden der Spielwiese. Der Arbeiter Fritz B. wurde in der vergangenen Nacht im Treptower Park von jungen Burschen überfallen. Nachdem er durch einen Hieb mit dem Schlagring betäubt war, wurde ihm seine Brieftasche mit 50 Mark entrißen. Die Täter entkamen.

Drei Sätze mit seidenen Kostümen und Mänteln wurden am Sonntag morgen dem 37jährigen Ernst U. und dem Mechaniker Otto G. aus Berlin abgenommen. Die Sachen waren aus dem Konfektionsgeschäft Brat in der Belle-Alliance-Straße entwendet. Die Täter wurden verhaftet.

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts“ irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Amt Moritzplatz 1753-54

Der Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister veranstaltete am Sonnabend, den 16. d. M., im Restaurant „Reu-Seeland“ in Stralauer-Straße ein Sommerfest, das von gutem Wetter begünstigt, einen starken Besuch verzeichnen konnte. Konzert, Gesang und Spezialitätenvorführungen standen auf dem Programm und fanden lebhaften Beifall. Am Abend wurde natürlich auch getanzt. Es ist wohl keiner von dannen gegangen, der sich des gelungenen Festes nicht erfreut hätte.

Wetterbericht bis Mittwoch mittag. Etwas kühl, vielfach heiter, nur zeitweise im Binnenlande stärker bewölkt und streichweise Gewitterregen.

Filmschau.

Verbotene Filme. Die Filmoberprüfstelle teilt mit, daß gemäß § 4 des Lichtspielgesetzes die Zulassung der Bildstreifen „Das Frauenhaus von Brescia“ (Regie-Film, Leipzig), „Rechter Woche 15“ (Deutscher-Film, Berlin) und „Die Flucht aus dem Meer der Heimathafen“ (Kreger u. Co., Hamburg) von der Oberprüfstelle widerrufen worden ist und daß damit die in Umlauf befindlichen Zulassungskarten ungültig geworden sind. Das Verbot für die Rechterwoche ist ganz wirkungslos, da die Rechter-Filmschneide nach den laufenden Wochen des Jahres nummeriert werden. Nr. 15 stammt also aus dem April und ist inzwischen durch alle deutschen Lichtspielhäuser gegangen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wichtig! 7. Kreis Charlottenburg: Die Abteilungsleiter werden noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Kreisvertreterversammlung am Donnerstag, den 21. Juli, abds. 7 Uhr in der Aula der 16. Gemeindefschule, Spreest. 26, stattfindet.

Heute, Dienstag, den 19. Juli:

- 15. Kreis Treptow. 7 1/2 Uhr in Treptow im Viktorlogarten, am Treptower Park, Kreisvertreterversammlung. Tagesordnung: Der nächste Parteitag. Referent: Gen. H. Strieder. — Kreisbegehren. — Reichsbewegung.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre und Betriebsparteianalysten bei Dobrosch, Spinnmühlener Straße 11. Wichtige Tagesordnung. Erfahrenen Beisitzer erforderlich.
- 136. Abt. Reinickendorf-Öst. 7 Uhr Funktionärssitzung bei Lindhardt, Reschensstraße 130/21. Wichtige Tagesordnung.
- Jungmännlichen Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr bei Schlenker, Simplonstraße 42. Vortrag des Genossen Barckel über: „Wie entsteht ein Buch“.

Morgen, Mittwoch, den 20. Juli:

- 26. Kreis Reinickendorf. 6 Uhr Kreisvertreterversammlung, Rathaus Wittenau. Tagesordnung: Die Aufgaben des Parteizweiges. Referent: Arthur Häfner. Aufstellung der Kandidaten.
- 94. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr bei Teubel, Welfenstr. 23, wichtige Funktionärssitzung. Sämtliches Material ist mitzubringen.
- Reinick. Altersabteilung. nachm. 3 Uhr Besichtigung der Ferienplätze in der Königsheide. Treffpunkt 3 Uhr in Rieberschöneheid-Johannisthal, Stübnerstraße 7.

Uebermorgen, Donnerstag, den 21. Juli:

- 7. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr Kreisvertreterversammlung in der Aula der 16. Gemeindefschule, Spreest. 26. Tagesordnung: 1. Der Bezirks- und Parteitag. 2. Begehren. Ohne Legitimation kein Zutritt.

Jugendveranstaltungen.

Dienstag, den 19. Juli:

- Wichtig! Heute abend 7 Uhr findet im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 3 Treppen links, eine Besprechung der Bezirksleiter statt. Tagesordnung: 1. Die Organisation der Bezirksleiter. 2. Begehren. (Das Nachgeho für Hin- und Rückfahrt (40 M.), bzw. nur für Hin- und Rückfahrt (20 M.) ist mitzubringen.)
- Wichtig! Tagow. Ede Brochstraße, bei Berger, Kruß- und Reigenabend. Wiederholer mitbringen. — Rieberschöneheid: Wankenburgers Straße 7/72, Rieberschöneheid-Abend. — Ostern: Stralauer Biererei. Spiele in Treptow, Kafenstraße 4. — Wankow: Wankowstr. 131, Krugabend. — Reinickendorf-Öst. Schule Hauptortersplatz. Mitgliederbesprechung. — Reinickendorf-West: Schrammbergstraße 114, Wankowabend. — Köpenicker Postfach: Stralauer Straße 42/43, Spielabend. — Schwanenbergr. Breitenstr. 18, Krugabend. Wiederholer mitbringen. — Schwanenbergr. 1: Rudowstr. Ede Hauptstraße, Diskussionsabend über verschiedene Nummern des „Vorwärts“. — Schwanenbergr. 11: Frankenstr. 19, Zimmer 24, Krugabend. Vortrag. — Köpenicker Spielabend auf dem Sportplatz. — Steglitz II: Johanna-Stegen-Str. 33, Literaturischer Abend. — 14. Kreis: Treptow auf der Spielwiese 6 Spiele im Fellen.

Briefkasten der Redaktion.

F. B. 14. Der Satz wird mitgeteilt. — U. Lampe, D. 112. Sofern wir die erforderlichen Angaben erhalten, soll Ihr Wunsch berücksichtigt werden.

Wirtschaft

Für die Errichtung einer Weltbank.

Der amerikanische Senator Hitchcock brachte einen Gesetzesantrag ein, der die Errichtung einer Weltbank unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten befürwortet. In diesem Gesetzesentwurf heißt es, daß die Bank mit einem Kapital von 2400 Millionen Dollars begründet werden und ihren Sitz in New York haben soll. Alle Nationen könnten Aktien erwerben. Hitchcock ist willens, dieses Projekt zur Durchführung zu bringen nicht nur durch Vermittlung der Regierung, sondern auch mit den führenden Bankiers. In seinem Bericht über die Beweggründe zu diesem Plan erklärt Hitchcock, es ereigne sich wohl zum erstenmal in der Weltgeschichte, daß irgendein Volk ein solches Institut einzurichten beabsichtige. Da aber die Vereinigten Staaten der Weltgrößtligender seien und über die Hälfte des ganzen Goldbestandes der Erde verfügten, sei es notwendig, mit Hilfe der Vereinigten Staaten den Weltmarkt wiederherzustellen. Man habe allen Anlaß zu glauben, daß die anderen Völker Amerika nicht nur die Leitung, sondern auch die Kontrolle dieser Bank zugestehen würden. Hitchcock erklärt ferner, zwei Drittel der amerikanischen Handelsflotte lägen unbeschäftigt vor Anker, obwohl Amerika Ueberfluß an Produkten habe aus Werkstätten und Bergwerken, deren andere Völker bedürften, könnten diese nicht kaufen, da es an Zahlungsmitteln fehle. Amerika habe jedoch mehr Gold, als es zur Grundlag für seinen eigenen Kredit benötige. Dieser Ueberfluß an Gold sollte zur Grundlag internationaler Kredite gemacht werden. Die Weltbank, wie dieses Institut heißen soll, wird beim Wiederaufbau die größten Erleichterungen gewähren können, die Baluta in allen Ländern stabilisieren, und auf diese Weise könnten die Vereinigten Staaten den Weltmarkt wiederherstellen.

Aufhebung der Kohlenbeschlagnahme. Infolge wieder aufgenommener Verhandlungen oberflächlicher Kohle wird die für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin von der preussischen Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken angeordnete allgemeine Beschlagnahme der für die meldepflichtigen Industrieverbraucher bestimmten Mengen an Steinkohlen und Steinkohlenbriketts sowie die gleichzeitig mit der Beschlagnahme dem Kohlenhandel auferlegte Anzeigepflicht mit Wirkung vom 18. Juli 1921 aufgehoben.

Der Hansabund und die neuen Steuern. Der Hansabund verbreitet eine Meldung, derzufolge er sich zurzeit damit beschäftigt, die Meinungen und Ansichten der von ihm vertretenen Wirtschaftskreise zu den Steuerfragen zu sammeln, um an Hand dieses Materials später die Vorlagen der Regierung eingehend zu prüfen und eventuell entsprechende Gegenorschläge zu machen. Nach dem neuen Programm des Hansabundes wird dieser gerade den Steuerfragen die allergrößte Aufmerksamkeit widmen und das Steuerprogramm der Regierung in dem Umfange unterstützen, als es mit den Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie vereinbar ist.

Das wollen wir den Herren vom Hansabund gern glauben. Ihnen ist jede Steuer recht, die „mit den Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie vereinbar ist“, d. h. mit anderen Worten ausgedrückt: die bequem aus die breiten Massen des Volkes abgezwickelt werden kann. Im übrigen sollte sich die Arbeiterschaft an der Rührigkeit und Wachsamkeit der im Hansabund organisierten Kapitulisten und Unternehmer aller Schattierungen ein Beispiel nehmen!

Betriebsbeschränkungen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie infolge der Sanktionen. Infolge des Einflusses der widerrechtlichen Sanktionen sind in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Betriebsbeschränkungen größeren Umfangs nicht zu umgehen gewesen. So waren z. B. die Rheinische Stahlwerke genötigt, drei Viertel der Belegschaft ihres Bandmaschinenwerkes in Duisburg zu kündigen; auf dem Werk III in Duisburg-Hochfeld arbeitet nur die halbe Belegschaft und auch auf dem der gleichen Firma gehörenden Duisburg-Weidacher Werk mußten Feierlichkeiten eingelegt werden. Die A.-G. für Hüttenbetrieb in Duisburg-Weidacher hat ihren Betrieb etwa zur Hälfte einschränken müssen. Umfangreiche Stilllegungen bei anderen Unternehmen der Großeisenindustrie sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Arbeiterentlassungen größeren Umfangs werden die weitere Folge sein.

Schlechter Geschäftslage in der chemischen Industrie. In Mitteleuropa wird bei 30 Proz. sämtlicher Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie verkürzt gearbeitet, 28 Proz. haben bereits Entlassungen vorgenommen und 10 Proz. werden noch weitere Entlassungen vornehmen müssen; 5 Proz. der Betriebe ruhen vollständig. Die Aufträge sind im Vergleich zum Dezember 1920 um durchschnittlich 38 Proz. zurückgegangen.

Produktionsbörse in München. Im Saale des Münchener Handelsvereins fand am 16. Juli die erste offizielle Münchener Produktionsbörse statt. Für die nunmehr regelmäßig erfolgende amtliche Preisfestsetzung wurden Kommissionen gewählt, und zwar für Getreide, für Produkten, für Futtermittel und Heu.

Diskontogesellschaft. In der ord. Generalversammlung der Diskontogesellschaft zu Berlin, in der 475 Kommanditisten mit 56 081 Stimmen vertreten waren, wurde die auf 16 Proz. festgesetzte Dividende sofort zahlbar gestellt. Die Erhöhung des Grundkapitals um 90 Millionen Mark auf 400 Millionen Mark wurde einstimmig genehmigt.

Entdeckung neuer Kohlenlager in Rußland. Einer Meldung aus Rostau zufolge wurden etwa hundert Werst von Odessa mächtige Kohlenlager entdeckt.

Amerikanischer Schutzoll auf Farben. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Die Bestimmung des Gesetzentwurfes für einen Schutzoll, die einen 35prozentigen Wertoll für Farbstoffe vorsieht, ist vom Repräsentantenhaus mit 122 gegen 108 Stimmen angenommen worden. Das ist offenbar eine Folge der seit Kriegsbeginn von den Amerikanern mit beispielloser Energie durchgeführten Bestrebungen, sich von den deutschen Lieferern zu emanzipieren.

Stinnes in Böhmen? Kürzlich hatten wir eine Mitteilung veröffentlicht, derzufolge das Gerücht Stinnescher Verhandlungen mit den Wittfowiger Eisenwerken demontiert wurde. Jetzt wird aus Prag folgende Meldung verbreitet: „Ezeste Slowo“ behauptet, daß die Stinnesgruppe, die um jeden Preis Einfluß auf die Wittfowiger Hüttenwerke gewinnen wolle, in Mährisch-Ostrow die „Morgenzeltung“ und die „Ostrower Zeitung“ gekauft habe. Vermutlich wird auch diese Nachricht prompt wieder demontiert werden. Im Volksmunde pflegt man zu sagen: Wenn man es andauernd läuten hört, muß irgendwo eine Glocke hängen.

Schließung der Putilow-Werke in Petersburg. Nach mehrfacher Schließung und Wiedereröffnung sind nach der „Ekonom. Sibir.“ die Petersburger Putilow-Werke nunmehr endgültig geschlossen worden. Nur Rotstandsarbeiter werden in den Werken belassen, im übrigen wird die gesamte Belegschaft teils anderen Betrieben, teils der Arbeit im Gemäusbau zugeführt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berliner Arbeiter-Schauklub. Abt. Koch-Öst. findet jeden Donnerstag von 7 bis 11 Uhr bei Jonas, Wankowstr. 12, Ede Frauenberger Straße, am Donnerstag, den 21. Juli, Vortrag über Diskontogesellschaften. — Stenographenverein Stalke-Straße, Nordbezirk. Uebungen für Damen und Herren Dienstag, 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. 120. Gemeindefschule, Gartenstr. 107a. — Internationaler Bund aller Kriegsgenossen, Ortsgruppe Köpenick. Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schul-Aula, Postow, Wankowstr. 12. — Reichsvereinigung ehem. Kriegsgenossen, Bezirksgruppe Köpenick. Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr Besprechung mit sämtlichen Besamenschein Mitglieder. Wankowstr. 61. — Arbeiterband Berlin-Steiglitz. E. D. Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr Vaunderburger Rollen, Steiglitz, Ede Vaunderburger- und Köpenicker Straße, Wankowstr. 12, in der insbesonders die Frage der Inanspruchnahme auf Grund des § 10 der Wankowstr. 12, abends 8 1/2 Uhr.

Sport.

Radrennen in Trebrow. Horizontpreis, Radfahren über 1500 Meter: 1. Abraham 2 Min. 52", 2. Wängner, 3. Häuser, 4. Wegener. — **Artenpreis,** Dauerrennen über 75 Kilometer: 1. Kemper 1 Stunde 9 Min. 59", 2. Behl 2:10, 3. Thomas (Radfahrer) 4:10, 4. Lehmer 1:17:30 Meter zurück. — **Steinpreis,** Radfahren über 20 Runden: 1. Dölar 15 Min. 15 Sek., 2. Otto 15 Min. 15 Sek., 3. Stolz 9 Min. 15 Sek., 4. Kandelbacher 7 Min. 15 Sek., 5. Dölar. — **Mercedespreis,** Radfahren über 1800 Meter: 1. Kämmer-Schäfer 2 Min. 57 Sek., 2. Kämmer-Beitz, 3. Behrend-Stolz, 4. Behr. 15 Min. 29", 5. Behr, 2. Kops, 3. Dölar, 4. Behr.

Arbeitersport.

Das Schau- und Wettschwimmen, das der Arbeiter-Schwimmerverein „Süd-Ost“ am 14. Juli im Paradiesgarten abhielt, hatte Tausende von Zuschauern angezogen, die die beiden Ufer der Spree belegten, oder von Booten aus den Darbietungen folgten. Unter den Klängen einer großen Kapelle spielten sich im Wasser interessante Kämpfe ab, die von etlichen Seiten des Kreises I (NBO) aufgetragen wurden. Den Abschluss der schwimmenden Vorführungen bildete ein Kampfreigen, der von Mitgliedern des NBO „Süd-Ost“ geschwommen wurde. Das darauf zu beobachtende große Feuerwerk erregte den Einbruch der gelangenen Veranstaltung.

Ergebnisse: Männerbrustschwimmen intern 45 Meter: 1. Kühne 0:47, 2. Kühne 0:51, 3. Völsch 0:52. — Männerfreischwimmen: 1. Jahr, NBO, Vorwärts 1:11, 2. Berner, Vorwärts 1:12, 3. Kammberg, Jülicher, Vorwärts 1:12, 4. Kramer, Neutöln 1:15. — Damenradschwimmen 45 Meter: 1. + G. Grig und F. Grig, Jr. Schw. Charlottenburg 0:44, 2. + Schürer, Reptun-Weihenstepfer und Kutter, Jr. Schw. Neutöln 0:45. — Männerbrustschwimmen 4x45 Meter: 1. NBO, Süd-Ost 2:37, 2. Reptun-Weihenstepfer 2:41, 3. Jr. Schw. Norden 2:53, 4. Neutöln 2:57. — Jugendbrustschwimmen 45 Meter:

1. Lehmann, Nordost 0:35, 2. Ruch, Neutöln 0:37, 3. Berner, Charlottenburg 0:38, 4. Bop, Reptun-Weihenstepfer 0:40. — Männerfreischwimmen über 35 Jahre: 1. Buischmann, Neutöln 0:35, 2. Steinke, Norden 0:38. — Männerlagenkappelle 4x45 Meter: 1. Vorwärts, 2. Jr. Schw. Neutöln, 1. Mannschaft, 3. Neutöln II, Mannschaft. — Damenradschwimmen 45 Meter: Döring, Vorwärts 0:40, 2. Papenopf, Nordost 0:41, 3. F. Grig, Jr. Schw. Charlottenburg 0:42. — Männerbrustschwimmen 60 Meter: 1. Kühne, Jr. Schw. Neutöln 1:17, 2. Hillmann, Süd-Ost 1:10, 3. Kammberg, Jülicher, Vorwärts 1:20, 4. Vörs, Süd-Ost 1:20, 5. Jugend, Wasserballspiel: Jr. Schw. Charlottenburg gegen Jr. Schw. Norden, 3:1 Tore, Halbzeit 1:1.

Aus aller Welt.

Die Erdbebenkatastrophe in China.

Paris, 18. Juli. (DA) Dem „Mofin“ zufolge liegen erst jetzt die genauen Ziffern über die Opfer des am 18. Dezember vergangenen Jahres über die Provinzen Kwangsu und Schensi (Nord-China) hereingebrochenen furchterlichen Erdbebens vor. Nach dem sehr sorgfältig aufgestellten Material des Observatoriums in Zi-Ka-Wei haben bei diesem Erdbeben mindestens 180000 Personen den Tod gefunden.

Entgleisung. In Taubenheim an der Spree entgleisten am Sonntag 8 Uhr früh drei Wagen 4. Klasse infolge falscher Weichenstellung. Ein Wagen stürzte um und sperrte die beiden Hauptgleise. Es wurden etwa 20 Personen verletzt, davon 2 erheblich. Die meisten konnten nach Anlegung von Notverbänden die Weiterreise fortsetzen. Ein Wagen wurde zertrümmert. Der Verkehr konnte auf dem Nebengleise aufrechterhalten werden.

Die Leiden des besetzten Gabelts. Auf Anfrage einiger heftiger Landtagsabgeordneter wegen Belästigung von Frauen durch französische Soldaten in Griesheim hat die Regierung geantwortet, daß sie die Bestrafung der Täter verlangt habe. Es handelt sich um die Vergewaltigung einer Thüringerin Frau und einen Angriff auf zwei junge Mädchen, bei dem Schimmeres durch die Dazwischenkunft einer französischen Patrouille verhindert wurde. Von den Vorkommnissen erhielt die Behörde durch Dritte Kenntnis, ein Beweis dafür, daß weibliche Angegriffene vielfach aus Scham eine sofortige Anzeige scheuen.

Das ostpreussische Dorf Gimmendorf (Kreis Reidenburg) ist durch eine Feuersbrunst fast völlig vernichtet; lediglich meist strohgedeckte Gebäude wurden eingesparrt, viel Kleinvieh ist umgekommen.

Ein schwerer Rennbahnunfall. Auf der Danzig-Zoppoter Rennbahn kam am Sonntag der bekannte Herrenreiter Graf Solms mit seinem Pferd schwer zu Fall. Die Verletzungen des Reiters sind sehr ernster Natur. Das Pferd mußte erschossen werden.

Tödliche Abstürze in den Alpen. Wie uns aus Oberstdorf im Allgäu gemeldet wird, ist vom Hügelfel der Hoheis der Reichswaldschotat Max Kallher aus Kempten abgestürzt. Seine Leiche haben Oberstdorfer Führer geborgen. Von der roten Wand abgestürzt ist der Buchbinder Anton Klotz aus Kempten und im Krankenhaus Oberstdorf gestorben.

Ein Tumult in Wien. Infolge des Mißbrauchs eines Pfarrerjubiläums zu monarchistischen Prostrationen der „Frontkämpfer“-vereinigung kam es in Wien XVII (Hernals) zu Zusammenstößen, wobei die Wache eingriff. Zwei Wachleute und drei Demonstranten wurden verletzt, eine Anzahl Personen verhaftet.

Infolge eines Erdbebens im Parana-Kanal ist die Schifffahrt gehemmt.

Staatsoper
Sommergastspiel
Leitung Gustav Bergmann
Die Strohvitwe
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter
8 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mäntelchen kriegt
8 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mäntelchen kriegt

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Die Weber (Aus Abonn.)
8: Die Weber (Aus Abonn.)

Berliner Theater
Heute zum 100. Male.
DAS

Milliarden
SOUPER

Theater i. d. Königgrätzer Str.
7:30 U.: Föhn
8: Die Weber (Aus Abonn.)
8: Die Weber (Aus Abonn.)

Komödienhaus
7:30 Uhr: Der blonde Engel
Central-Theater

Uhr: Jonka
Friedr. Wilhelm Th.
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle
8 1/2 Uhr: Schauspielschau

Uhr: Reigen
Kleines Theater
7 1/2 U.: Casanovas-Sohn
Metropol-Theater

Uhr: Die blaue Mazur
Neues Operettentheater
7 1/2 Uhr: American-Girl
Residenz-Theater

Uhr: Max Adalbert in 1919
(Ab d. d. 3.)
Schiller-Theat. Charl.
Operettenspielt

Uhr: Meine Frau - das Fräulein
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Th. am Kolonnenplatz

Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!
Trianon-Theater

Uhr: Ida Wüst in Lady Wiedermers Fächer
Th. i. d. Kommandantenstr.
Bis 20. Juli geschlossen. Ab Donnerst. 7 U.: Die Dielenhexe
Wallner-Theater

Uhr: Der Kuhreigen
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Scheidungsreise
Romische Oper

Uhr: Letzte Aufführungen der Oper
Alt-Heidelberg
Ab 23. Juli: Gastspiel Alfred Lührer: Der ideale Bauer.

WINTERGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 8 1/2 Uhr:
Varieté
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

Reischa-Theater
Während d. Ferien d. Sten-Sänger i. d. 7 1/2
Gala-Sänger
Ab 1. 8. Wieder-auf d. St. Säng. Dönhoff-Brust
Varieté

Zum 100. Male Im Berliner Theater, heute, Dienstag: Zum 100. Male

Das Milliarden = Souper

Hauptdarsteller: Ralph Arthur Roberts, Uschi Elleot, Lea Seidl, Herbert Kiper, Paul Rehkopf, Paul Pruegel.

TYPOGRAPHIA
Gesellschaft Berliner Buchdrucker und Lithographen
Gesellschaft Berliner Buchdrucker und Lithographen

Sonntag, den 24. Juli 1921
nachmittags 4 Uhr
SOMMERKONZERT
in der „Bockbrauerei“, Fidsinstraße
Mitwirkende:
Berliner Kammer-Orchester
Berliner Trio
Freie Turnerschaft

Ab 6 Uhr in beiden Sälen TANZ
Herren 2 Mark Damen 1 Mark
Eintrittspreis 2,50 Mk. inkl. Steuer
Eintrittskarten zu 2 Mk. inkl. Steuer sind zu haben bei Horsch, Engelauer 15, G. Schulz, Kottbuser Tor, und in den mit Plakaten belegten Handlungen

LUNAPARK
Heute: VOLKSTAG
Eintritt 2 M.
Kinder 1 Mark
Groß-Konzert
Höhen- und Wasser-Feuerwerk
John Hagenbecks Raubtier- und Sudanensschau

Lessing-Theater
Altbenisch 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Deutsches Künstler-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Herr Verteidiger.
Heil, Gebühr, Kaiser - Tietz

APOLL
THEATER
Nur bis 31. Juli
Die große Ausstattungsschau
Tip Tip Hurrah!
mit dem b. kannten Wilhelm Harstein
Pferde - Renne n
u. s. w.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Der arme Millionär

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121
Täglich 8 1/2 Uhr:
Herrnfeld - Gastspiel
Die letzte Ehre
Die Welt geht unter
Ab 7 Uhr:
Pflanzprogramm

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Abrakadabra

BILL
Potsdamer Str. 25
Turmstr. 13
Der große Sportfilm
Das Wunder des Schneeschuhs
Alexanderpl.-Pass.
Das Mädchen, das wartete.
Friedenau, Rheinstr. 14
Das Haus in der Dragonergasse

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Der arme Millionär

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121
Täglich 8 1/2 Uhr:
Herrnfeld - Gastspiel
Die letzte Ehre
Die Welt geht unter
Ab 7 Uhr:
Pflanzprogramm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger

METROPOL
Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 15077
Elite-Sänger
Vom 16. bis 31. Juli
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gastsp. der Original-Weber-Sänger
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr
Am 1. 8. Wiederauftreten der Elite-Sänger
Spezial-Arzt
Dr. Scott, Rosenthalerstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden Syphilis, Salvarsan-Kuren Blutunterg., Damen separat, 10-1. 5-7.

Betten hochfein, gerichtet, dampfempfindl., Gradlinig, geschliffen, Oberbett u. 2 Klassen mit 12 Pf. prima füllkräftigen, weichen Federn gefüllt, zusammen nur 495 Mk.; mit zweiweissen Halbdannen 695 Mk.; mit reinweißen Halbdannen 895 Mk.; mit reinweißen, erstklassigen, geschliffenen Halbdannen mit Damendecore 995 Mk.
Halbdannen - Bäume, je nach Qualität 14,50, 17,50, 19,50, 24,50, 29,50 bis 35,- Mk. Nur beste, ansehnliche, staubfreie Qualitäten. Nicht gefüllte Geld zurück. Katalog frei. Viele Danksch. Fern u. Verp. gratis.
Bettfedern-Export-Gesellschaft A. & W. Franktrone, Haas 207

Lungenkranke!
Broschüre: Die Heilung der Lungenleiden von Dr. med. A. Waldmann versendet kostenlos und franko
Max Lindner, General-Depot „Dreieck“ Dresden - Weißer Hirsch 88.

Wegen dringenden Bedarfs zahlen wir für
Gold
8 Kr. per Gr. 13,50 M.
14 " " " 24,50 M.
18 " " " 32,00 M.
22 " " " 41,00 M.
per Gramm 120,- M.
Bruch- / Silber, per Gramm um 0,85 M. aufwärts
Brillanten, Broschen, Ringe, Uhren, Ketten, alte Münzen und alte Zahngebisse.
Schlage jeden Rekord.
C. Maulhardt & Co., Schwedter Str. 12 und Kochstr. 19 im Laden.

Die Kommunistische Internationale
Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
II. Jahrgang Nr. 16
Aus dem Inhalte: G. Sinowjew: Vor dem Dritten Kongress der Kommunistischen Internationale / Karl Radek: Die Gründung der 2. Internationale / J. Stepanow: Die ausländischen Konzeptionen / Helene Brion: Eine Aufgabe des französischen Kommunismus / Tom Quelch: Die Gegner der sozialen Revolution in England / Bela Szanto: Parteiverschmelzungen in Ungarn und in Deutschland / Ein britischer Kommunist: Zwei Revolutionen in Irland / Franz Korfischer: Die Arbeiterparteien in Deutsch-Oesterreich / Chr. Kabakchieli: Der Balkan am Vorabend der Revolution / J. Jansen: Ueber die Entwicklung der Kommunistischen Partei in den Niederlanden / J. Herzog: Der Kampf für die kommunistische Internationale in der Schweiz / Ein Delegierter der Liga: Die revolutionäre Bewegung in Süd-Afrika / W. Wilenski (Sibiriakow): Am Vorabend der Entstehung der kommunistischen Partei in China / Sakai: Ueberblick über die sozialistische Bewegung in Japan bis 1917 / Sen Katayama: Revolutionäre Strömungen in Japan / G. Moros: Zur Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland / J. Stokow: Der Grundfehler der Pariser Kommune / J. Stepanow: Die Pariser Kommune und die russische Revolution / Der weiße Terror nach dem Sturz der kommune (Episoden der Malwoche) / Der Internationale Rat der roten Gewerkschaften / G. H.: Die In-ustriearbeiter der Welt / Bericht über den Verband für gewerkschaftliche Propaganda in Schweden / Beschlüsse des Ersten Gewerkschaftskongresses der Balkan-Donauländer / Die industrielle Krise und die geübten Gewerkschaften in England / Der Orang nach Moskau usw. / Die internationale Genossenschaftsbewegung I. Chlitschuk: Die Vereinheitlichung der Genossenschaftsbewegung / Richtlinien der internationalen Genossenschaftsbewegung / Dokumente der internationalen kommunistischen Bewegung / Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale / Sectionen der Kommunistischen Internationale / Die Internationale der kommunistischen Jugend / Internationale kommunistische Frauenbewegung / Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution / Bücherschau / Illustrationen: P. A. Kropotkin auf dem Totenbett / Zwölf Bilder zur Pariser Kommune.
768 Seiten
Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahmley, Hamburg 11

Folles Caprice
Linienstr. 132 am Oranienb. T.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten
Musik von Victor Holländer
mit Franz Blenke, Max Walden, Käthe Jungherr usw.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorfen, Krätze usw., dann gebrauchen Sie Terrasol's Heilsalz. Erfolg überraschend. — Stück 6 M. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Generalvertrieb: E. Kaiser, W 20, Würzburger Str. 6.

Der
Saison-Ausverkauf
hat
Freitag, den 18. Juli, begonnen
Eilers Schuhhaus, Anhaltstr. 2

Im Vorwärts
bringen Erfolg!
Metalankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 40
zahlr. Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Billige Lebensmittel
in 150 Vertellungsstellen // Geschäftszeit 8-1 u. 4-7 Uhr

Harzer Käse Pfd. Mk. 5⁹⁰
Spitz- oder Stangenkäse Pfd. Mk. 5⁹⁰
Tilsiter Käse, fett Pfd. Mk. 10⁹⁰
Dän. Gouda-Käse, fett Pfd. Mk. 12⁹⁰
Edamer Käse Pfd. Mk. 20⁹⁰
Schweizer Käse Pfd. Mk. 20⁹⁰
Dän. Steppen-Käse Pfd. Mk. 20⁹⁰
Roquefort-Käse Pfd. Mk. 32⁹⁰

Margarine mit Buttergeschmack
pro Pfund 12⁹⁰ 9⁹⁰ 7⁹⁰

Makkaroni „GEG“ aus bestem Auslandsmehl Pfd. Mk. 8⁹⁰
Nudeln „Spätzle“ Pfd. Mk. 5⁹⁰
Prima Tafelreis Pfd. Mk. 3²⁵
Himbeersaft mit 65% Zucker eingekocht Pfd. Mk. 12⁹⁰
Kirschsaff 1/2-Fl. 15⁹⁰ 1/2-Fl. 8⁹⁰
Selter u. Brausen in bekannter Güte aus eigener Fabrik.
Apfelwein inkl. Steuer und Flasche 1/2-Fl. Mk. 4⁹⁰
In Gerstenkaffee pr. Pfd. Mk. 3⁷⁰
In Malzkaffee pr. Pfd. Mk. 6⁹⁰
Kaffcemischung mit Bohnenkaffee pr. Pfd. Mk. 4⁹⁰

Schokoladen Kakao Kaffee Tee
Billigst in besten Qualitäten

Konsum-Genossenschaft
Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Frankreich rüstet nicht ab.

Paris, 18. Juli. (DZ.) „Petit Parisien“ meldet, daß Militär beim Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick erklärte, eine Abrüstung zu Lande käme für Frankreich in den nächsten Jahren keinesfalls in Frage. Die Bedrohung durch Deutschland mache für die Zukunft die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Präsenzstärke der französischen Armee unbedingt erforderlich.

Japan und die Konferenz.

London, 18. Juli. (DZ.) Wie der Tokioer Korrespondent des „Daily Express“ berichtet, wird die Hinzuziehung Chinas zur Beschlusfassung über die Fragen des Pazifik und des fernen Ostens in Tokio mit einigem Unbehagen betrachtet. Die Meinung in Japan geht dahin, daß, wenn für alle Mächte in China die gleiche Behandlung verlangt wird, dann auch Japan Anspruch auf Gleichheit der Behandlung erheben kann, was die Einwanderung in Amerika, Australien usw. und den japanischen Handel in Indochina und auf den Inseln des Pazifiks anbetrifft. Japan könnte sich in keine Erörterung dieser verschiedenen Fragen einlassen, wenn nicht zuvor die Voraussetzung der Gleichberechtigung gegeben sei.

In Nordamerika geht die Bewegung gegen die japanische Einwanderung weiter; zu ihrer Förderung ist ein Sammelbuch mit sehr vielen Beiträgen erschienen. — Jeder Einwanderer soll in Zukunft einen besonderen Paf für sich haben; also eine weitere Erschwerung.

Griechischer Vormarsch in Kleinasien.

Athen, 16. Juli (Presse-Bureau). Die griechische Offensive fährt fort. Jeder feindliche Widerstand ist überwunden. Griechische Truppen haben feindlichen Widerstand aus Katabia festgestellt. Große feindliche Kolonnen befinden sich auf dem Wege nach Katakabir. In der Nordfront ist der Feind auf seine besetzten Stellungen bei Aggini und Kovalia zurückgeworfen worden. Die Türken befinden sich in ihren letzten Schützengräben bei Katabia. Eine große Anzahl Kriegsgefangener und viel Kriegsgerät fielen in die Hände der Griechen.

Rusiapha Kemal Pascha hat den Oberbefehl übernommen.

Rätselraten um Moskaus Militärpläne.

Helsingfors 18. Juli. (DZ.) Rußland hat sieben Jahressklassen mobilisiert. Man glaubt hier, daß die Mobilisierung entweder gegen den neuen Ostseeverband Ostland, Estland, Litauen oder gegen Polen gerichtet ist. Möglicherweise solle ein Teil der neuen Sowjetarmee den Kemalisten zur Verfügung gestellt werden.

Eine Kriegserklärung: Weißrußland an Zeligowski.

Warschau, 18. Juli. (DZ.) Aus Kowno wird gemeldet, daß die weißrussische Regierung dem General Zeligowski den Krieg erklärt hat.

Zur Wahrheit gezwungen.

Wie oft hat die „rote Fahne“ alle Meldungen über Rußlands Hungerkatastrophe, die natürlich meist nicht aus Sowjetquellen stammten, als weingorbistische Lügen hingestellt! Angesichts des Hungerstoffs, den Wajim Gorki an Gershart Hauptmann gerichtet hat, wechselt sie schleunigst die Haut und beschuldigt die nichtbolsewistischen Arbeiter Europas, Sowjetrußland im Stich gelassen zu haben. Natürlich, sie kann ja nicht zugeben, daß der bolschewistische Wajim, der die Abhängigkeit Rußlands von den übrigen Staaten aus seiner Rechnung strich, an all dem Elend Schuld ist. Nebenbei hat Lenin auf dem Allrussischen Transportarbeiterkongreß im März d. J. ausdrücklich festgestellt, daß die Wiederaufnahme entente-militärischer Angriffe auf Sowjetrußland den Arbeiterparteien der Entente-Länder zu danken ist — denselben Parteien, die von Moskau seit Jahr und Tag und bis zuletzt in der unfairsten Weise verleumdet werden.

Stockholm, 18. Juli. (DZ.) „Stockholms Tidning“ bringt Meldungen Moskauer Zeitungen, wonach 15 russische Gouvernements von Hungersnot bedroht sind. Infolge der Dürre entstehen in der Erde große Risse, Flüsse und Brunnen trocknen aus, die Bevölkerung flüchtet in großen Mengen. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf mehrere Millionen geschätzt.

Sinowjew ist in der Schlusssitzung des Moskauer Kongresses zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wiedergewählt worden.

Ungarischer Terror.

Budapest, 17. Juli. (DZ.) Die Angriffe der Opposition gegen die Regierung erreichten in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ihren Höhepunkt durch eine Rede des zwar monarchistischen, aber herrschersindlichen Abg. Beniczky. Er brachte Dokumente über zahlreiche Fälle von Terror vor. Einige Einzelfälle waren bereits früher in die ausländische Presse gelangt, von den amtlichen Organen aber stets dementiert worden. Der Abgeordnete führte unter großer Unruhe des Hauses aus:

In zahlreichen Teilen des Landes besteht heute noch ein Zustand, der sich in nichts vom System Bela Kun unterscheidet, nur mit dem Unterschied, daß an Stelle des roten der weiße Terror getreten ist. Kleine Gruppen von Offizieren und „erwachenden Ungeheuern“ halten die Bevölkerung in Schrecken und verhindern die friedliche Arbeit. In Kecskemet erschien bald nach dem Einzuge der Nationalarmee das Detachement des Oberleutnants Hájjas, umzingelte das dortige Gefängnis, in dem Kommunisten gefangen lagen, und verschleppte 63 Häftlinge in den nahe gelegenen Wald von Orgován. Sämtliche 63 Personen wurden nach schweren Mißhandlungen an den Bäumen aufgehängt.

Die Polizei versuchte, sich diesem Terrorakte zu widersetzen, wurde aber von Hájjas mit dem Tode bedroht. Am gleichen Tage wurden sämtliche wohlhabenden Juden des Ortes verschleppt und ihr Besitz an Geld und Schmuckstücken geraubt. Einige Tage später fand man die Leichen der Verschleppten in einer Grube. Man hatte ihnen die Schädeldecken mit Knäpeln zertrümmert. Der Polizeihauptmann erstattete Bericht an das Ministerium; die Untersuchung mußte eingestellt werden.

weil eine unbekannte höhere Gewalt sich einmischte. Hájjas und seine Offiziere verübten das geraubte Geld und sind noch heute auf freiem Fuß und Angehörige der Nationalarmee.

In Újszil wurden von sämtlichen wohlhabenden Bürgern unter Todesandrohung große Geldsummen erpreßt. Zahlreiche Personen wurden verschleppt und es fehlt bis heute von ihnen jede Spur. Gegen die wohlhabenden Juden wurden Internierungsbefehle erlassen und ihr Besitz für beschlagnahmt erklärt. Auch schwer Kranke wurden in die Internierungslager verschleppt; der Oberführer (etwa Landrat) sagte:

„Wer krank ist, soll entweder gesund werden, oder freier sein.“

Der Führer der Terroristenbande war der Leutnant Franziska-Rék, der eigenhändig drei Bürger ermordete und beraubte. Auf die zahlreichen Beschwerden wurde er verhaftet, aber schon nach wenigen Wochen auf höheren Befehl freigelassen und ist seitdem als Angehöriger der Nationalarmee auf freiem Fuß. Auch mehrere führende Männer der „Erwachenden Ungarn“ waren an diesen Ergüssen beteiligt. Bemerkenswerte Namen, die gegen

Die Funktionäre zur Genossenschaftsfrage.

In einer allgemeinen SPD-Funktionärerversammlung hielt am Montag Genosse Bieth (Hamburg) über das Thema: „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im heutigen Wirtschaftsleben“ einen Vortrag. Der Redner entrollte in seinen Ausführungen ein Bild von der Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit. Viel später als in England sei bei uns in Deutschland die Bedeutung der Konsumgenossenschaften erkannt worden. Dort wäre es den streitenden Bergleuten nicht möglich gewesen, in ihrem letzten Riesenkampf so lange auszuharren, wenn sie ihre großen Konsumgenossenschaften nicht gehabt hätten. Doch auch in Deutschland sind, wie der Redner hervorhob, das Konsumgenossenschaftswesen und in Verbindung damit

Die Selbstproduktion für den Eigenbedarf

der Genossenschaften bereits zu einer gewaltigen Bedeutung emporgewachsen, so besonders in Hamburg, das allen anderen Städten hierbei voranmarschiert. Erst die Zunahme der Gewerkschaftsbewegung hat den Gedanken neu belebt. In welchem bedeutsamen Umfange der Gedanke sich in die Praxis umgesetzt hat, zeigt eine Statistik vom vorigen Jahre. Es waren 1291 Konsumvereine mit 2714109 Mitgliedern vereinigt. Der Umsatz betrug 2801 Millionen Mark, die Eigenproduktion stellte sich auf 341 Millionen, der Wert des Grundbesitzes auf 134 Millionen, und die Betriebsmittel betragen 608 Millionen. Beschäftigt wurden 40448 Personen.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine hat eigene Lager in Hamburg, Gröbba, Erfurt, Berlin, Düsseldorf, Mannheim, Nürnberg und Breslau. In Vorbereitung sind Lager in Königsberg, Minden, Chemnitz und Stuttgart. Für die Eigenproduktion sind vorhanden: 2 Seifenfabriken, 3 Zigarrenfabriken, 1 Zündholzfabrik, 1 Teigwarenfabrik, 1 Kistenfabrik, 1 Kautschukfabrik, 1 Haarentenfabrik, 1 Zuckerverarbeitungsfabrik, 1 Weberei, 1 Bürstenwarenfabrik, 1 Kaffeegroßrösterei, 1 Gemülmühle und 1 Senfmühle. Der Bestand der Bausparbanken war 1920 117 Millionen Mark.

Die Hamburger Genossenschaften werden im laufenden Jahre einen Umsatz von 400 Millionen Mark zu verzeichnen haben. Sie führen jetzt sogar Gefrierfleisch ein, das sehr begehrt wird und das Frischfleisch durch seine Konkurrenz verbilligt.

Wenn die Arbeiterschaft erst

die ungeheure Kraft der Konsumgenossenschaften

und Eigenproduktion richtig begriffen habe, werde der beschrittene Weg uns sicher der Gemeinwirtschaft und Sozialisierung näherbringen. Auf den sozialdemokratischen Parteitag hat sich den früheren Jahren gegenüber hinsichtlich der

die Morde protestierten, wurden mit 25 Stockhieben bestraft. Die Terroristen trieben es so weit, daß zahlreiche Einwohner von Újszil nach der Hauptstadt flüchteten und bis heute nicht wagten, in ihre Heimat zurückzukehren.

Abg. Beniczky führte weiter aus, daß diese Fälle nur einen kleinen Bruchteil aller vorgekommenen Gewalttaten darstellten. Er sei im Besitze zahlreicher weiterer Dokumente, die er bei Gelegenheit vorlegen werde. Die Verantwortung für alle diese Terrorakte treffe die Regierung, denn die Zahl der Terroristen sei so gering und ihre Namen seien so bekannt, daß es ein Leichtes sein müßte, sie unschädlich zu machen. Weiter fragte der Redner, wie es möglich sei, daß immer noch

fast täglich Leichen aus der Donau gefischt

werden und warum die ungarische Presse durch die Zensur verhindert werde, darüber zu berichten. Als der Abgeordnete im weiteren Verlauf seiner Rede die Person Hortihy erwähnte, verbot ihm der Präsident, den Reichsverweser in diesem Zusammenhang zu nennen. Beniczky forderte schließlich die Regierung auf, die Schuldigen zu verhaften und der Bestrafung zuzuführen.

Die Rede rief ungeheures Aufsehen hervor. Die Christlich-nationale Vereinigung unterbrach den Redner fortwährend mit Zwischenrufen wie: „Vaterlandsverräter“, „Judenföndler“ usw. Ministerpräsident Bethlen ergriff darauf das Wort zu einer beruhigenden Erklärung und versprach wieder einmal strengste Untersuchung der Angelegenheit.

Arbeiter und Studenten.

Eine widerlegte Verleumdung.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Von Landsberg aus forderte ein Unternehmer auf dem Univeritäts-Arbeitsamt in München wegen Arbeitseinstellung seiner Arbeiter eine Anzahl Studenten an. Die Arbeiterschaft wehrte sich gegen den Streikbruch und brachte die Studierenden ohne jede Gewaltanwendung zum Bahnhof mit dem Ersuchen, ihnen in ihrem Lohnkampf nicht in den Rücken zu fallen. Die Verhandlungen führten zu dem erfreulichen Ergebnis, daß man sich versöhnte und mit gegenseitigem Händedruck trennte. Aus dieser Tatsache macht die bayerische Hehnpresse einen ungeheuerlichen Landfriedensbruch, der mit bewaffneter Macht hätte niedergeschlagen werden müssen. Im Zusammenhang mit Scharfmachertum, Unternehmermilitar und politischer Heze wird der Landsberger Lohnstreik zu einer politischen Situation ersten Ranges und einer Beschimpfung der Landesbehörden und Arbeiter ausgebeutet.

Die Maßlosigkeit der bayerischen Provinzpresse, die sich über „Gewaltanwendung“ entrüstet, tritt aus der jüngsten Nummer des „Miesbacher Anzeiger“ deutlich zutage: Der Reichswehrminister wird verhöhnt, weil er seinerzeit als einziger nicht die Qualifikation zum Reserveoffizier erhalten habe, die angeblich (längst dementierte Red.) Verlobung des Reichstanzlers mit der Tochter eines Holzindustriellen wird unter Zitierung des Geistes Erzbergers mit der Lieferung von Holzhäusern an die Entente in Verbindung gebracht, Minister Rathenau aber wird unter Berufung auf ein Wiener Blatt „Judenkreuz“ genannt, der seinen Freunden das halbe Nationalvermögen Deutschlands in den Rücken geworfen habe und durch den Hungertod einer Million Würbürger zum vielsachen Millionär geworden sei!

Der „Bayerische Kurier“ ruft in einer Polemik gegen die Forderung des „Vorwärts“ nach Aufklärung über die Schritte der bayerischen Justiz in der Verfolgung des Mörders von Gareis den Genossen Auer als angeblichen Zeugen für die Heuchelei der sozialistischen Führer an, indem er behauptet, Auer habe in einer Versammlung das politische Motiv der Mordtat selbst in Frage gestellt. Wie wir von dem Genossen Auer erfahren, ist die Meldung des Blattes völlig aus der Luft gegriffen. So wird systematisch geschürt und gelogen, und dann wundert man sich, wenn die Köpfe aneinandergeraten.

Diätenerhöhung für Schöffen und Geschworene. Die Tagelöhner, die den Schöffen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden, und die ursprünglich auf 5 M. festgesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 M. erhöht worden; zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 M. auf 12 M. heraufgesetzt. Angesichts der herrschenden Feuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, so daß weiteren Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an der Rechtsprechung erschwert wird. Vom 1. August d. J. tritt daher nach einer loeben veröffentlichten Verordnung der Reichsregierung vom 12. Juli eine weitere Erhöhung ein; das Tagelohn wird künftig 30 M., die Uebernachtungszulage 30 M. betragen.

Bedeutung des Lebens der Konsumgenossenschaften ein bedeutsamer Bestandteil vollzogen. Schon in den Beschlüssen des Magdeburger Parteitagess kam dies zum Ausdruck und der Kasseler ließ diesen Genossenschaften volle Berechtigung widerfahren. Man erkennt jetzt an, daß die Arbeiterklasse praktisch schulen, sie fähig machen für die Zukunft, für die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Gemeinwirtschaft. (Beifolger Beifall.)

In der folgenden

Ausprache

stimmen alle Redner den Grundgedanken des Referenten zu. In Berlin müsse die Bewegung wieder in gesündere Bahnen gelenkt und weiter ausgebaut werden.

Genosse Etkorn wies darauf hin, daß man in Hamburg bessere Erfolge durch die Ausschüttung der Dividenden erreicht habe. In Berlin sei von vornherein die Ausschüttung erfolgt und hierdurch die Mitgliedschaft zum Schaden einer besseren Entwicklung vermehrt worden. Würden die Dividenden ausgeschüttet werden, so wäre das ein wesentlicher Vorteil für die Genossenschaft. Auch in England werde der Gewinn als Ausschüttung verbucht und das habe sich in der Zeit der Not während des Streiks als sehr nützlich erwiesen. Die Streitenden kannten ihren Kredit nun in Anspruch nehmen. Durch energische Agitation werde es gelingen, auch hier vorwärts zu kommen. Wenn jeder seiner Pflicht nachkomme, dürfe der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme folgender

Resolution,

welche vom Arbeitsausschuß der SPD-Genossenschaftler Groß-Berlins eingebracht war:

Die Funktionärskonferenz des Bezirksverbandes Groß-Berlins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt die hohe wirtschaftliche und soziale Bedeutung der modernen deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Die genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft und die sich darauf aufbauende konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion bedeutet ein Stück freiwirtschaftlicher Gemeinwirtschaft, die der Arbeiterschaft wirtschaftliche Vorteile bringt und sie immer mehr befähigt, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Indem die Konferenz die Beschlüsse der Parteitage in Magdeburg und Kassel wiederholt, fordert sie alle Parteigenossen auf, der Konsumgenossenschaft nicht nur als Mitglied anzugehören, sondern auch ihren Warenbedarf in möglichst weitem Umfange in derselben einzudecken. Die Konferenz macht es darum den Funktionären zur Pflicht, in den nächsten Abteilungsversammlungen der Genossenschaftsfrage eine größere Bedeutung beizulegen.

Zusammensetzung der Provinzialausschüsse.

Der amtliche Preussische Pressedienst gibt eine Uebersicht über die parteipolitische Zusammensetzung der Provinzialausschüsse. Diermann vertreten:

	SPD	USP	DDP	Dem.	Chr.	Unb.	And.	Verchiedene
Ostpreußen	3	—	1	1	1	2	5	—
Brandenburg	3	1	1	—	—	—	—	Bürgerl. 6
Pommern	4	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen	4	—	—	1	2	1	2	Oberl. 4
Sachsen	3	2	2	1	1	2	3	—
Schleswig-Holstein	3	—	—	—	—	—	—	Bürgerl. 5
Hannover	5	—	—	1	1	2	2	D. Honor. 2
Westfalen	3	—	1	1	6	2	1	—
Rheinprovinz	3	—	1	—	7	—	—	Bürgerl. 3
Sachsen-Anhalt	4	—	1	1	3	3	—	Verf. Kr. 2
Bezirksverband Kassel (Landesausschuß)	4	—	—	1	2	—	—	Bürgerl. 5
Bezirksverb. Wiesbaden (Landesausschuß)	4	1	—	1	3	2	2	—
	45	4	7	10	20	16	21	27

Obwohl wir die größte Anzahl von Vertretern haben, reichen die Zahlen gegenüber der geschlossenen Rechtsfront noch nicht aus um immer eine gesunde Provinzialpolitik durchzusetzen.

Im Namen des Volkes — ungültig.

Die Urteilsausfertigungen mit der Ueberschrift „Im Namen des Königs“ häufen sich; der kürzlich aus Potsdam mitgeteilte Fall steht längst nicht mehr vereinzelt da. Wenn alle Urteilsakten aufgebraucht werden sollen und die dynastische Einleitungsformel durchstrichen wird, so läßt sich nichts dagegen einwenden; wird aber die Formel handschriftlich oder unter Benützung der Schreibmaschine angewendet, so spricht hieraus eine gegen die herrschende Staatsform gerichtete Absicht, die mindestens unter das auch noch für richterliche Beamte geltende Disziplinargesetz fällt. Bezeichnenderweise wagen es auch monarchistische Richter nicht, bei der mündlichen Urteilsverkündung sich in solcher Weise gegen die Republik aufzulehnen und ihre Amtspflichten zu verletzen; allerdings beschränken sie sich in vielen Fällen darauf, die Anwendung der Formel „Im Namen des Volkes“ zu vermeiden.

Die Angelegenheit hat jedoch auch eine juristische Seite, die wohl der näheren Betrachtung wert ist. Es fragt sich nämlich, ob die Zustellung schriftlicher Urteilsausfertigungen mit der Ueberschrift „Im Namen des Königs“ Rechtsgültigkeit besitzt. Man muß hier zu dem Ergebnis kommen, daß ein solches Urteil zwar gesprochen bleibt, nicht aber in Kraft treten kann, weil es im Namen einer Person verkündet wird, die nicht mehr existiert und demzufolge weder Gesetzesmacht noch Verkündigungs-befugnis besitzt. Sind die obersten Landesjustizbehörden zu schwach, den Unfug schnellstens zu unterbinden, so mögen die Parlamente eingreifen und unzweideutig die Rechtsunwirksamkeit derartiger Urteilsausfertigungen aussprechen; im anderen Falle könnten bei Nichtanerkennung des Rechtspruches schwere juristische Komplikationen entstehen. Für die Republik gilt ein für allemal der Satz: Urteile, die im Namen des Königs verkündet werden, sind im Namen des Volkes ungültig!

Hakenkreuzler. Die „Deutsche Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 319 die Behauptung, daß der Reichstanzler gegen die Anschließbewegung in Oesterreich seine Kräfte pinne und den österreichischen Beamten in Berlin, der ihm einen Vortrag über die verweirte Lage Oesterreichs und den einzig rettenden Anschlag halten wollte, gar nicht erst habe zu Worte kommen lassen, sondern ihm einen langen Vortrag gehalten habe, der in der Behauptung gipfelte, daß eine Angliederung unmöglich sei. Diese Behauptungen werden amtlich als frei erfunden erklärt.

Ein Fälscherlächer. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das Organ der Deutschen Volkspartei, entrüstet sich über Zahlen, die der „Vorwärts“ kürzlich unter der Ueberschrift „Die Tätigkeit des Heimdienstes“ veröffentlichte, und aus denen hervorgeht, daß die bürgerlichen Parteien in fast doppelter Stärke wie die Sozialdemokraten im Heimdienst beschäftigt seien. Die Korrespondenz sucht es so hinzustellen, als habe der „Vorwärts“ dieses Zahlenmaterial zusammengetragen. Es dürfte ihr nicht unbekannt sein, daß die Ziffern von amtlicher Stelle der Presse bekanntgegeben und wahrscheinlich auch an die „Kol. Korr.“ überwiesen wurden. Die Behauptung, der „Vorwärts“ habe aus Tendenzgründen die Angelegenheit behandelt, stellt sich also als eine Fälschung des nationalliberalen Organs heraus.

Gewerkschaftsbewegung

Entlassung „vorübergehend“ Beschäftigter.

Bei der jetzigen Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit ist die Verordnung vom 12. Februar 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 218) von besonderer Bedeutung, da es bei strenger Durchführung derselben bis zu einem bestimmten Grade möglich ist, die Arbeitslosen gegen vollständige Arbeitslosigkeit zu schützen, da nach § 12 Entlassungen erst vorgenommen werden dürfen, wenn die Wochenarbeitszeit im Betriebe bis auf 24 Stunden herabgesetzt wurde und auch, wenn dies geschieht, die Bestimmungen des § 13 zu beachten sind. Jedoch enthält diese Verordnung einen Mangel in dem dritten Absatz des § 12, welcher lautet:

„Die Vorschriften des Absatz 1 Satz 1 finden keine Anwendung bei Entlassungen von Arbeitnehmern, die nur zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen sind.“

Die Unternehmer, denen ebenso wie die Durchführung sämtlicher sozialer Schutzbestimmungen im allgemeinen, so auch besonders die Durchführung der Verordnung vom 12. Februar 1920, unangenehm und lästig ist, versuchen nun, mit Hilfe der vorangeführten Bestimmung des § 12 Abs. 3 nach Möglichkeit, um die Verordnung vom 12. Februar 1920 überhaupt herumzukommen. Es wird in letzter Zeit vielfach versucht, bei Neueinstellung von Arbeitnehmern Abmachungen zu treffen, daß die Einstellung auf eine bestimmte Zeitdauer erfolgt und nach Ablauf dieser Frist ohne weiteres und ohne besondere Kündigung die Tätigkeit der betreffenden Arbeitnehmer im Betriebe endet. Derartige Abmachungen stehen jedoch der Verordnung vom 12. Februar 1920 durchaus entgegen. Es handelt sich nunmehr für uns darum, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen und denselben die Umgehung der Verordnung vom 12. Februar 1920 unmöglich zu machen.

„Vorübergehende Beschäftigung“ kann z. B. nur sein, wenn im Falle der Erkrankung oder der Beurlaubung eines oder mehrerer ständiger Arbeitnehmer des Betriebes eine gleiche Anzahl Arbeitnehmer für die Dauer des Fehlens der erkrankten oder beurlaubten Arbeitnehmer eingestellt werden. Dann wird, wenn die ständigen Arbeitnehmer in den Betrieb wieder zurückkehren, die vorübergehende Beschäftigung der für sie als Ersatz eingestellten Arbeitnehmer tatsächlich zu Ende sein. Erkrankten jedoch inzwischen weitere Arbeitnehmer oder werden weitere beurlaubt, und die zuletzt als Ersatz eingestellten treten nunmehr auch an deren Stelle, dann kann von vorübergehender Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Es handelt sich dann vielmehr bereits um eine ständige Beschäftigung zur normalen Aufrechterhaltung des Betriebes.

Weiter kann man als „vorübergehende Beschäftigung“ betrachten, wenn die Bewältigung eines Auftrages in Frage kommt, dessen Umfang und Größe über den normalen Auftragsbestand und die normale Leistungsfähigkeit des Betriebes hinausgeht. Auf Grund des § 71 B.R.G. hat sich jedoch in solchen Fällen in Betrieben, auf welche das B.R.G. Anwendung findet, der Betriebsrat oder Obmann davon zu überzeugen, ob ein die normale Leistungsfähigkeit vorübergehend übersteigender Beschäftigungsgrad vorliegt. Die tatsächlich zu solchem Zwecke eingestellten Arbeitnehmer könnten ebenfalls als vorübergehend Beschäftigte betrachtet werden. Wenn jedoch während der Erledigung des besonderen Auftrages die Einrichtungen des Betriebes derart verbessert wurden, daß der Betrieb in der Lage ist, in diesem Umfang dauernd weiter zu arbeiten, und wenn nach Erledigung des besonderen Auftrages die zu diesem bestimmten Zweck Eingestellten noch zu weiteren Arbeiten des normalen Geschäftsganges herangezogen werden, dann kann von einer vorübergehenden Beschäftigung oder Beschäftigung zu einem bestimmten Zweck nicht mehr die Rede sein, sondern es handelt sich um ständige Arbeitnehmer.

In allen übrigen Fällen, wo die vorangehenden beiden besonderen Merkmale nicht vorliegen, deren Vorhandensein außerdem noch gegebenenfalls von der Betriebsvertretung ausdrücklich festzustellen wäre, ist unter allen Umständen auf die strikte Durchführung der §§ 12 und 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu dringen, auch wenn der Unternehmer zeitlich begrenzte Abmachungen getroffen hat, und gegen jede vorgenommene Entlassung ist auf Grund des § 14 derselben Verordnung innerhalb 3 Wochen von der Kündigung ab gerechnet, bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss Einspruch zu erheben.

Die Angelegenheit hat in der letzten Zeit die Presse wiederholt beschäftigt. So ist der Schlichtungsausschuss Reumünster in seiner Sitzung am 19. April 1921 zu folgender Auslegung der Begriffe „vorübergehende Aushilfe“ bzw. „Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ gekommen:

„Vorübergehende Aushilfe“ liegt nur dann vor, wenn ein Arbeitnehmer aus dem Normalbestand vorübergehend an der Ausübung seiner Arbeit behindert ist und ein anderer als Ersatzmann eingestellt wird. Wird ein Arbeitnehmer als Ersatzmann für alle laufend vorkommenden Erkrankungen eingestellt, so fällt dies nicht unter den Begriff „vorübergehende Aushilfe“.

„Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ liegt nur dann vor, wenn eine die Normalbeschäftigung der Betriebsanlage übersteigende Arbeit bewältigt werden soll. Die Festlegung des Normalbeschäftigungsgrades eines Betriebes erfolgt am zweckmäßigsten durch eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat. Wenn zu einem vorübergehenden Zweck besondere Einstellungen vorgenommen werden sollen, empfiehlt es sich, hierüber schriftliche Abmachungen zu treffen und dieselben von beiden Parteien sowie dem Betriebsrat unterschreiben zu lassen.“

„In der Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 12. Juli 1921 befindet sich ebenfalls ein auf diese Angelegenheit bezugnehmender Aufsatz, welcher die vorangeführten beiden Begriffe wie folgt festlegt:

„Zusammenfassend kann gesagt werden, ein Aushilfsverhältnis liegt dann vor, wenn die Einstellung und eventuelle Weiterbeschäftigung unter dem für den Arbeitnehmer klar erkennbaren Hinweis auf die nur vorübergehende Verwendung erfolgt ist, wenn ferner die Zeitdauer unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse nicht entgegen dem Sinne des § 12 Abs. 3 der Demobilisationsverordnung vom 12. Februar 1920 und entgegen Treu und Glauben zu weit begrenzt wird und wenn die Art der Beschäftigung einwandfrei eine außerhalb der Normallinie liegende, nicht ständige Arbeitsleistung darstellt.“

Durch diese beiden Entschlüsse wird das, was wir eingangs ausgeführt haben, gefestigt, so daß es möglich sein muß, die Absichten der Unternehmer, Einstellungen auf bestimmte Zeit zur Ausschaltung

der Verordnung vom 12. Februar 1920 vorzunehmen, nicht zur Auswirkung kommen zu lassen.

C. L. Rörpel.

Zum Streit der Kontobucharbeiter.

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen, Dr. Feldgen, veröffentlicht in den neuesten „Api-Mitteilungen“ einen sehr merkwürdigen Streitbericht. Es wird hierin bestritten oder verschwiegen, je nachdem es ihm paßt, daß in vielen Orten Deutschlands die Kollegenschaft Lohn-erhöhungen erzielte. Der Wahrheit zuwider wird behauptet, daß der Streit bald zusammenbrechen dürfte. Diesen Wunsch der Unternehmer können wir sehr wohl begreifen, aber die Streikenden lassen sich nicht irreführen und das Vertrauen zu der Streikleitung nicht nehmen. Dieser Streitbericht in den „Api-Mitteilungen“ enthält auch einen über zwei Seiten langen Aufruf an die Arbeiterschaft, der sehr durch die Unternehmer jedem Arbeiter als Brief zugesandt wurde. Die Unternehmer mögen sich ihre Mühe sparen, die Arbeiterschaft geht ihnen nicht ins Gorn.

Die Forderung nach gleicher Entlohnung ist durchaus berechtigt, zumal in den Geschäftsbuchfabriken qualitativ hochwertige Arbeit verlangt wird. Die Sorge der Unternehmer, daß die Streikenden

Achtung, Metallarbeiter!

Zur Bestreitung der Kosten für die Wahltagkassen der Liste A sind Sammellisten herausgegeben. Diese Listen werden aber von den SPD- und USF-Kollegen getrennt geführt. In allen Betrieben, wo noch keine Sammellisten im Umlauf sind, sind unsere Vertrauensleute verpflichtet, vom Betriebssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., dieselben abzuholen.

Der Fraktionsvorstand.

bei der übrigen Arbeiterschaft keine Solidarität finden, mögen sie den Streikenden überlassen. Die Arbeiterschaft ist von dem Gegenteil informiert und von der solidarischen Haltung der Gesamtarbeiterschaft überzeugt.

Das Flugblatt des Api trifft der Arbeiterschaft mit, daß sie keine Forderungen stellen und solche durch Streik nicht erzwingen darf, indem es einen Gerichtsbeschluss vom Landgericht I, Zivilkammer 7, vom 8. Juli 1921, abdruckt, nach welchem drei streikenden Kollegen im Wege der einseitigen Verfügung folgendes offenbart wird:

„Den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer Haftstrafe von 1 Woche für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, sich bei dem gegenwärtigen Streit der Buchbinderebetriebe der Geschäftsbücherefabriken dahin zu betätigen, daß Arbeitswillige an der Aufnahme der Arbeit durch sie selbst oder durch Streikposten oder durch ein sonstiges von ihnen instruiertes Organ gehindert werden.“

Der Einspruch gegen diesen Gerichtsbeschluss ist angemeldet. Die herrschende Leuzerung, der Widerstand der Unternehmer gegen jede Lohnaufbesserung hat die Arbeiterschaft (zum Teil langjährige, 15 bis 20 Jahre in den Betrieben Beschäftigte) geschlossen in den Streit treten lassen. Trotz Api, trotz Gerichtsbeschluss und trotz Stootsanwalt werden sie Solidarität üben und aushalten bis zum gewünschten Erfolg.

Der Kampf der Volontärärzte.

Die Meldung, daß im preussischen Rotteot 600 000 M. für die Volontärärzte bereitgestellt seien, haben in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob die zuständigen Behörden ihre Bereitwilligkeit gezeigt haben, die Lage der schwerbedrängten Volontärärzte durch Gewährung einer vertraglich geregelten Entlohnung zu bessern. Wie uns von unterrichteter Seite hierzu mitgeteilt wird, ist diese Annahme falsch. Die genannte Summe ist als Unterstützung für bedürftige Volontärärzte in Preußen vorgesehen.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat es bisher nicht für nötig gehalten, auf den von der Groß-Berliner Vertragskommission der Kerkzammer unternommenen Vermittlungsschritt eine Antwort zu erteilen. Dieser Vermittlungsschritt sollte die Gefahr einer Arbeitsniederlegung der Volontärärzte abwenden. Nach dem bisherigen Verhalten des Kultusministeriums besteht diese Gefahr, wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt worden ist, unermindert fort. Die Erregung der Volontärärzte an den Universitätskliniken und an der Charité wird noch gesteigert durch die nicht mizgenüherstehende Anweisung eines höheren Ministerialbeamten, monach man künftighin die Arbeit der Volontärärzte durch begüterte nichtapprobierte Kerkze kostenlos erledigen lassen würde.

Nachdem der am 12. d. M. im Kampf der Volontärärzte um ihre Existenz beim Kultusminister unternommene Vermittlungsschritt der ärztlichen Organisationen bis zur Stunde ohne Antwort seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung geblieben ist, haben die Volontärärzte an den Universitätskliniken und an der Charité beschlossen, zum letzten Mittel, nämlich zur Arbeitsniederlegung zu greifen. Am heutigen Dienstag mittag wird in der Universitäts-Frauenklinik in der Charité eine Volksversammlung der Volontärärzte stattfinden, die, wenn bis dahin keine Antwort des Ministers Dr. Becker eingetroffen ist, die sofortige Arbeitsniederlegung beschließen wird. Der Kultusminister Dr. Becker ist zu dieser Versammlung, unter ausdrücklichem Hinweis auf die schwerwiegenden Folgen seines ablehnenden Standpunktes, eingeladen worden, ebenso werden sämtliche ärztlichen Organisationen Vertreter entsenden.

Einem Streik der Volontärärzte, deren Zahl sich auf 100 beläuft, werden sich, wie wir hören, auch die in den staatlichen Kliniken vorübergehend tätigen Kerkze, darunter auch Ausländer, anschließen, so daß insgesamt etwa 200 Kerkze die Arbeit niederlegen werden. Die Folgen wären sowohl für die staatlichen Kliniken wie für die Berliner Bevölkerung einschneidender Natur.

Es ist sehr bedauerlich, daß es der Kultusminister Dr. Becker so weit hat kommen lassen.

Streik in der Rheinschiffahrt.

Seit dem 22. Mai waren vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer gegen die Unternehmer der Rheinschiffahrt Kollaktionen verfügt, um die Unternehmer zu veranlassen, den berechtigten Forderungen der Heizer und Maschinisten näher zu treten. Es wurde gefordert: vollkommene Sonnensruhe, Bezahlung der täglich zu leistenden Mehrarbeit für Auf- und Abfahrten der Feuer und unter Würdigung der besonderen schweren körperlichen Arbeit dieser Arbeitergruppe eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese durchaus berechtigten Forderungen ab.

Kühlerordenliche Mitbedenkeremmlungen beschlossen darauf, die täglich zu leistende Mehrarbeit für Auf- und Abfahrten der Feuer innerhalb der festgesetzten Mittägigen Hörszeit zu verrichten, wodurch die Fahrzeit eine Verfürgung von täglich zwei Stunden erfährt. Ferner die Durchführung vollkommener Sonntagsruhe. Das Unternehmertum schritt zu Aussperrungen

und legte sich damit in Widerspruch zu den Verordnungen der Rheinlandkommission.

Am 13. und 16. Juni trat in Berlin unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedsgericht zusammen. Dieses entschied, daß die streikenden Parteien den alten Lohn- und Arbeitsvertrag bis 30. September d. J. anerkennen sollten. Der Arbeitgeberverband und der Transportarbeiterverband erkannten den Schiedspruch an, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer lehnte ihn ab. Darauf warden die Unternehmer noch einen größeren Teil von Maschinisten und Heizern aus dem Betrieb.

Zu dieser Lage nahmen erneut Richterversammlungen in der Zeit vom 8. bis 14. Juli an allen Stationen des Rheins Stellung. Die Abstimmung ergab 693 für und 131 gegen sofortigen Streik.

Damit war der Kampf bestritten. Die Konferenz der Vertrauensleute am 14. Juli in Mannheim trat den Entscheidungen der Versammlungen bei. Die Streikenden kämpfen um die Anerkennung folgender Mindestforderungen: Einstellung aller entlassenen Kollegen. — Auszahlung der zu Unrecht abgezogenen Lohnbeträge. — Erhöhung der Wochenlöhne um 35 M. für Maschinisten und Heizer als Abgeltung für die besonders seitens des Maschinenpersonals zu leistende schwere körperliche Arbeit und für die Mehrarbeit des Auf- und Abfahrens der Feuer. — Die geforderte Erhöhung der Wochenlöhne um 35 M. versteht sich auf Nachzahlung vom 1. April 1921.

Die Kämpfenden haben nicht nur den Widerstand der Unternehmer, sondern auch den Gewaltmaßnahmen der Besatzungstruppen zu begegnen. Die Gewaltmaßnahmen haben an verschiedenen Stationen des Rheins bereits eingesetzt. Die Streikenden sollen mit Gewalt gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Maschinisten und Heizer der Rheinschiffahrt werden sich aber der Gewalt nicht beugen, sie sind gewillt, mit aller Energie diesen schweren Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen.

Ein Landarbeiterstreik ist nach M.W. auf 5 Gütern im Kreise Greifswald am letzten Freitag ausgebrochen.

Die Angestellten auf den Steinlohnbergwerken des Kochener Revier sind am 14. Juli in den Streit getreten. Vorhergegangene Verhandlungen unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich sind erfolglos geblieben. Die Angestellten wünschen die Hebung des Reallohns auf das Kochener Revier. Die Bergarbeiter sind durch den Streit der Angestellten stark in Mitleidenschaft gezogen.

Der Verbandstag der Gemeindebeamten des Saargebietes forderte zwecks Gleichstellung mit den Staatsbeamten einen Frankenkursausgleich. Die weiteren Forderungen des Verbandstages gipfelten in dem Verlangen nach Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsrechts und Achtung der deutschen Gefinnung von Seiten der saarländischen Regierungsbehörden.

Aus der Betriebsrats-Praxis.

§ 18 B.R.G. Wahrung der Wahl einer Arbeitnehmergruppe.

Der Schlichtungsausschuss Ulm hat am 6. Mai 1921 entschieden, daß, wenn sich eine Arbeitnehmergruppe der Wahl zum Betriebsrat enthielt, dem gewählten Arbeiterrat die Befugnisse eines Betriebsrats nicht zustehen. (Veröffentlicht in „Das Schlichtungswesen“, Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Hessen-Nassau 3. Jahrg. Nr. 6, S. 130.)

Der Reichsarbeitsminister hat in einem Bescheid l. A. 3423 vom 28. September 1920 („Reichsarbeitsblatt“ Nr. 8 vom 30. 1. 21, S. 295) folgende Ansicht vertreten: „Bezieht sich dagegen bloß die eine Arbeitnehmergruppe nicht, so bilden die Gewählten der anderen Gruppen zugleich Gruppenrat und Betriebsrat.“

In demselben Sinne äußern sich Dr. J. Feig und Dr. F. Eißler in ihrem Kommentar Anmerkung 1 zu § 18 B.R.G. und Num. 2 zu § 8 der Wahlordnung zum B.R.G. Ebenso Dr. Flotow Num. 3 zu § 8 der Wahlordnung zum B.R.G.

Durch das Betriebsratsgesetz sollen der Besatzung bestimmte Rechte bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes eingeräumt werden. Die Ausübung dieser Rechte ist an die Wahl der vorgeschriebenen Körperschaften gebunden. Wenn man aber der Ansicht des Schlichtungsausschusses Ulm beitreten würde, dann könnte ein Arbeitgeber, der ein Handelsgeschäft betreibt und eine große Anzahl Angestellte, aber nur wenige Arbeiter beschäftigt, letztere bestechen, um sie von der Wahl abzuhalten und umgekehrt könnten in einem Industrieunternehmen mit vielen Arbeitern und wenig Angestellten, diese durch Gewährung von besonderen Vorteilen ebenfalls zur Preisgabe ihrer Interessenvertretung veranlaßt werden. Das würde dem Sinne des B.R.G. und dem allgemeinen Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlagen.

Es ist mehr als eigenartig, daß die Schlichtungsausschüsse, die doch nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern nach dem sozialen Empfinden entscheiden sollen, zu derart merkwürdigen Schiedsprüchen kommen.

§ 36. Bezahlung der Fahrzeit zum Ort der Betriebsrats-sitzung.

Eine Firma in Berlin hatte die Abhaltung einer Betriebsrats-sitzung in ihrem Direktionsgebäude beantragt. Dem Verlangen wurde seitens des Betriebsrates stattgegeben. Die Firma weigerte sich jedoch, die auszuwendete Fahrzeit zu bezahlen. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin entschied in diesem Streitfall, daß die Sitzungen des Betriebsrates an der Arbeitsstätte stattfinden haben. Wenn jedoch auf Wunsch der Firma an einem anderen Orte die Sitzung abgehalten werden sollte, sei der Unternehmer verpflichtet, die Zeit, die zum Erreichen des Ortes der Direktion notwendig ist, zu vergüten. Sitzungen außerhalb der Arbeitszeit würden meist unmittelbar im Anschluß an dieselbe abgehalten werden. Man könne den Betriebsratsmitgliedern nicht zumuten, den Verlust zu tragen, den sie aufwenden müssen, um einen der Direktion genehmen Ort zur Abhaltung der Sitzung zu erreichen.

Kontobucharbeiter. Die Versammlung der Streikenden findet heute 10 Uhr bei Gammann, Rammstr. 27, statt. Die Streikleitung: Donnerstag 3 Uhr in den Rammerschen, Kettner Str. 14, Brandenburgerstraße 10 in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken Beschäftigten.

Reichlicher Transportarbeiter-Verband. Gruppe C, Mineralien und Petrol. Gruppenversammlung heute 7 Uhr bei Fräulein, Mühlendamm 29a. — Gruppe 2, Chemikalien. Mittwoch 7 Uhr in „Schultheiß-Festhalle“, Neue Jakobstr. 24/25. Eingang Schmidtstr. 10/11. Funktionärerversammlung. Betriebsvertrauensleute. Betriebsrat. Obmann. Mitglieder der Brandenburger Str. 14. — Gruppe 3, Papierausstattung. Heute 3 Uhr bei Wittig, Poststr. 27, Gruppenversammlung.

Kupferblech! Alle Kollegen, welche am den hohen gewerkschaftlichen Arbeit haben, werden dringend ersucht, Mittwoch 7 Uhr im Gewerkschaftshaus zu erscheinen.

Zentralverband der Wapenblecher. Textil-Großhandel. Mitgliederversammlung Mittwoch 1/2 Uhr Oberlandsch-Bühne, Neue Friedrichstr. 25.

Ihr Mütter verwendet für eure Kinder nur die wegen ihrer großen Milde als beste Kinderseife seit über 25 Jahren täglich empfohlene **Myrrholin-Seife.**

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
„Aparis Neuheiten“ Verkauf mo crweise
Koch & Seeland G.m.H.
Gertraudenstraße 20-21



Zuban Zigaretten

nur aus reinen edlen Orienttabaken

